

# Stenographisches Protokoll.

## 107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

### III. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 7. November 1929.

#### Inhalt.

**Personalien:** Immunitätsangelegenheit Austerlitz — Verfassungsausschuß (2963).

**Verhandlung:** Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 387), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1930 — Dr. Ellenbogen (2963), Dr. Kneißl (2972), Dr. Hampel (2977), Tauschitz (2982) — Finanz- und Budgetausschuß (2997).

**Ausschüsse:** Wahl Domes als Mitglied und Schlesinger, Seidel Richard, Pick, Janacek und Zwanziger als Eratzmänner des Justizausschusses an Stelle Probst, beziehungsweise Firicel, Dr. Danneberg, Böhlzer, Schiegl und Falle (2987).

Zuweisung der Anträge Nr. 239 und 240 an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 241 an den Justizausschuß (2987).

Eingebracht wurden:

- Anfragen:**
1. Paulitsch, Grischacher, Bundesregierung, wegen Hilfe für die wirtschaftliche Notlage im Lavanttale (169/I);
  2. Abram, Scheibein, Bundeskanzler, betr. die Handhabung der Vorschriften über das Waffenwesen in Tirol (170/I);
  3. Ebner, Bundeskanzler, über die Mißachtung des Verbotes bewaffneter Aufmärsche (171/I).

**Tagesordnung:** Bundesfinanzgesetz und Bundesvoranschlag für 1930 (B. 387 — 1. Lesung).

Präsident Dr. Gürtler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 5. November als genehmigt.

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I ersucht um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Friedrich Austerlitz wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre. Diese Immunitätsangelegenheit wird dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist die erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 387), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1930.

**Dr. Ellenbogen:** Hohes Haus! Als im Frühjahr dieses Jahres der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel seine Demission gab, tat er dies mit der Begründung, daß es ihm notwendig scheine, daß eine allgemeine politische Entspannung in Österreich

eintrete, daß einer friedlicheren Atmosphäre Platz gemacht werde und daß vor allem die Forderungen der Wirtschaft zu ihrem Rechte gelangen, die ja — offenbar auch nach seiner Überzeugung — allzusehr durch die Politik und die eigentümlichen Formen, die sie in Österreich in der letzten Zeit angenommen hat, in den Hintergrund gedrängt werden. Man muß zugeben, daß die Absicht des Herrn Bundeskanzlers Seipel wirklich gelungen ist: das Ministerium Streeruwitz ist in der Lage gewesen, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine Reihe der schwierigsten wirtschaftlichen Fragen, die bis dahin jahrelang das Haus beschäftigt hatten, ohne zu einer Lösung zu gelangen, dieser Lösung zuzuführen. Es ist auch in dieser Zeit tatsächlich eine Veruhigung auf dem Wirtschaftsmarkt eingetreten, und es war eine sichtliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich zu verzeichnen. Leider haben sich inzwischen die Verhältnisse ungünstiger gestaltet. Dies ist zunächst auf eine Reihe objektiver Tatsachen zurückzuführen, die mit unseren innerpolitischen unleidlichen Verhältnissen nicht zusammenhängen. Es ist da zum Beispiel die Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Eisenindustrie in Österreich nach den Mitteilungen des Instituts für Konjunkturforschung in ersichtlichem Rückgang befindet, daß die Arbeitslosigkeit besonders im letzten Monat in geradezu räpler Weise wieder angeschwollen ist, daß zum Beispiel in der zweiten Oktoberhälfte eine dreimal so rasche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen wie im Vorjahr stattgefunden hat, daß wir Ende Oktober über 4000 Arbeitslose mehr hatten als im September und daß wir im gegenwärtigen Augenblick mehr Arbeitslose in Österreich zu verzeichnen haben als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl wir ja heuer infolge des länger dauernden schönen Wetters hätten erwarten müssen, daß mindestens die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe geringer bleibt als im Vorjahr. Neben diesen objektiven Tatsachen, die vielfach mit den Gestaltungen des ganzen Weltmarktes zusammenhängen, an deren Eintreten man also niemandem in Österreich eine Schuld beimeissen kann, ist leider eine ganze Reihe von Tatsachen festzustellen, die leider nicht auf objektive, sondern auf subjektive Ursachen zurückzuführen sind. Die vielen Abhebungen, die ja wiederholt in diesem Hause von allen Seiten beklagt worden sind und auf die tiefer einzugehen einem, der nicht an der

weiteren Beunruhigung teilnehmen möchte, schwer fällt, deuten doch auf eine schwere Beunruhigung der Wirtschaft hin, und es ist bezeichnend, daß die Steigerung des Tempos dieser Abhebungen ungefähr mit dem Sturz der Regierung Streeruwitz zusammenfällt. Nicht, als ob ich die Person des Herrn Bundeskanzlers Streeruwitz als die eigentliche Gewähr für die Aufrechterhaltung des Vertrauens in die österreichische Wirtschaft — ohne seinen Verdiensten irgendwie nahtreten zu wollen — ansehen möchte, wohl aber darum, weil der Sturz der Regierung Streeruwitz zweifellos auf dieselben Tatsachen zurückzuführen ist, die eben auch die Beunruhigung auf dem Wirtschaftsmarkt hervorgerufen haben. Seit es in Österreich Mode geworden ist, daß Regierungen von außerhalb des Parlaments stehenden Kreisen gestützt und eingesetzt werden, von Kreisen, die unauhörlich mit den bedenklichsten Drohungen gegenüber ihren Gegnern auftreten, ist es nicht zu verwundern, daß diese Beunruhigung dann auch ihren ziffermäßigen Ausdruck in den Guthabungen bei den Sparkassen und Banken findet. Ich möchte, weil ich da gewisse Einwände schon erwarte, hier auf eine sehr merkwürdige Tatsache hinweisen. Die stärksten Abhebungen haben interessanterweise gerade in den Ländern stattgefunden, wo die Heimwehrbewegung am stärksten und am lautesten ist. Die Steiermärkische Sparkasse in Graz hat im September einen Abhebungsstand von 5 Prozent erreicht, während zum Beispiel bei der Zentralsparkasse der Stadt Wien die Abhebungen, trotzdem sie, absolut genommen, auch dort leider ziemlich groß waren, sie nur 1,6 Prozent ausgemacht haben, eine Tatsache, die doch außerordentlich zu denken gibt.

Eine beklagenswerte Erscheinung, die ebenfalls den ungünstigen Stand unserer Wirtschaft aufzeigt, ist die Angelegenheit der Boden-Credit-Anstalt, auf die ich tiefer einzugehen mir ebenfalls versagen will, weil die öffentliche Besprechung aller dieser Dinge von der Parlamentstribüne aus doch gewisse Bedenken hervorruft. Man kann aber trotzdem nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die ohnehin schwierige Lage, in der sich diese Bank seit langem befunden hat, was übrigens hier von der Regierungsbank aus erklärt wurde, weshalb ich mich also nicht zurückzuhalten brauche, das hier zu wiederholen, sehr ungünstig durch diese Beunruhigung beeinflußt wurde, die geradezu den letzten Anstoß zu ihrem Zusammenbruch gegeben hat; denn die Abhebungen bei der Boden-Credit-Anstalt unmittelbar vor ihrem Zusammenbruch im September haben allein 5,6 Millionen Schilling betragen. Ihre Schwerbeweglichkeit, die Unzulänglichkeit ihrer Mittel haben durch diese enormen Abhebungen der Bank zweifellos den letzten Rest gegeben.

Diese Tatsache hat aber noch weitere Unannehmlichkeiten nach sich gezogen. Ich will hier gegen die

Form dieser Sanierung gar nichts sagen; es ist zweifellos ein Verdienst der gegenwärtigen Regierung, daß sie diese Sanierung auf einem verhältnismäßig glatten Wege vollzogen hat. Man kann sich aber dennoch nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Übernahme eines Wechselstatus in der Höhe von 132 Millionen Schilling durch die Nationalbank gewisse Unannehmlichkeiten für den Wirtschaftsmarkt zur Folge hat, besonders dann, wenn sich darunter auch Wechsel befinden, die entgegen dem Statut der Nationalbank eine längere Laufzeit als 92 Tage haben. Die Wirkung der Übernahme eines so enormen Wechselstandes, der schließlich auch für die Nationalbank sehr bedeutend ist, ist die, daß die Bank in ihrer Zinsfußpolitik ein gewisses Bleigewicht an die Füße bekommen hat. Das drückt sich vor allem dadurch aus, daß die Nationalbank zwar die Hinaufsetzung des Zinsfußes der Bank von England und der Deutschen Reichsbank mitgemacht hat, daß sie aber nicht in der Lage ist, die Herabsetzung des Zinsfußes, die von diesen beiden Banken inzwischen durchgeführt wurde, mitzumachen.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Tatsache nicht nur auf den starken Inhalt des Wechselportefeuilles, sondern gewiß auch auf dieselben Beunruhigungen zurückzuführen ist, die die Bank zwingen, in der Form eines höheren Zinsfußes ein gewisses Anlockungsmittel für Kapitalsdeponierungen anzuwenden. Für die damals einzehenden Balutankäufe war nach meiner Überzeugung, wenn ich den Stand der Deckung der Noten betrachte, soweit er bei der Nationalbank in Form von Bargeld, Gold und Wechseln vorhanden ist, absolut kein Anlaß vorhanden. Der Schilling ist absolut sicher, und es ist jedem anzuraten, dieses Attentat auf die österreichische Wirtschaft zu unterlassen. Ich spreche dabei von der Gegenwart, ich weiß nicht, welche anderen nachteiligen Wirkungen weitere Beunruhigungen, die von derselben Seite erfolgen werden, haben werden. Gegenwärtig ist das nicht der Fall. Daß sich die Bank dagegen schützt, das ist begreiflich.

Aber es ist auf der anderen Seite Torheit, sich darüber zu täuschen, daß dieser Zwang auf die Nationalbank, den Zinsfuß hochzuhalten, schwer nachteilige Wirkungen auf die Wirtschaft ausübt, was sich unter anderem darin äußert, daß die finanzielle Gestalt unserer Industrie durch diesen hohen Zinsfuß, der  $1\frac{1}{2}$  Prozent höher ist als der deutsche, um ungefähr 30 Millionen Schilling erschwert wird. Diese Zinsfußbelastung bedeutet eine Belastung der Industrie um 30 Millionen Schilling, was sich natürlich in einer Erschwerung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt äußert.

Dazu kommt, daß wir im letzten Jahre die Tatsache beobachten konnten, daß eine völlige Umstichtung des Exports unserer Industrie stattfindet. Für jeden, der nicht bloß ein Lippenbekenntnis für

den Anschluß ausspricht, sondern mit jeder Faser seines Herzens an dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland festhält, diesen Gedanken endlich einmal in die Wahrheit umsetzen und gegen alle Anfeindungen, von welcher Seite immer, schützen möchte, ist es eine schwere Belastung seiner Gedankenfolge, feststellen zu müssen, daß unser Export nach Deutschland — leider nicht unwe sentlich und fortwährend — im Rückgang begriffen ist, und zwar vom Jänner bis September dieses Jahres um nicht weniger als 50 Millionen Schilling. Unser Export ist auch nach Ungarn und Polen zurückgegangen. Der Rückgang des Exports nach Ungarn wird zweifellos auf die von uns leider vergeblich bekämpfte Form der Zollpolitik zurückzuführen sein. Dafür wendet sich der österreichische Export jetzt der Tschechoslowakei, Italien, Großbritannien und merkwürdigerweise in einem sehr nennenswerten Umfang auch Frankreich zu. Eine solche Umschichtung des Exports verlangt Ruhe im Innern des Landes und die Konzentration der parlamentarischen Körperschaften und der Regierung auf den Gedanken: Suchen wir einmal die Wirtschaft vor allen äußeren Eindrücken zu schützen und diesen sich leider vollziehenden Umschichtungsprozeß in jener Ruhe sich gestalten zu lassen, daß es ohne Schaden für die österreichische Volkswirtschaft abgehen kann.

Wenn vom Herrn Finanzminister und von einer Reihe anderer Faktoren immer wieder auf die Investitionsanleihe, die wir so lange nicht bekommen können, verwiesen wird, so halte ich es für meine Pflicht, mit Rücksicht auf diejenigen Herren der Regierung, die sich vielleicht mit diesen politischen Fragen bis jetzt nicht ausreichend befaßt, ihnen keine Aufmerksamkeit zugewendet haben, wie ich es zum Beispiel vom Herrn Finanzminister vorausseze, daß er sich mit den Angelegenheiten des Faschismus wahrscheinlich nicht viel beschäftigt haben wird, darauf zu verweisen, daß überall dort, wo der Faschismus seine Wirkungen auf das Land ausgeübt hat, wo er erfolgreich war, ohne Ausnahme die Wirkungen nicht nur zahllose Bankerotte sind, wie zum Beispiel über 50.000 Bankerotte in Italien seit der Herrschaft des dortigen Faschismus (*Hört!*), sondern auch eine Folge davon die Zurückhaltung derjenigen Volkswirtschaften, Staaten und Regierungen ist, die für eine Anleihe für die betreffenden Länder in Betracht kommen. Es hat vor etwa einem halben Jahre aus Anlaß des Ansuchens der italienischen Regierung bei dem Hause Morgan in Amerika eine Enquête stattgefunden, die amerikanische Bankiers über die Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der italienischen Wirtschaft unter dem Faschismus veranlaßt haben. Das Resultat war, daß diese Enquête zu einem sehr ungünstigen Urteil gekommen und die Anleihe ausgeblieben ist, die Gewährung des Darlehens abgelehnt wurde.

Ich wünsche durchaus nicht, uns auf dieselbe Stufe zu stellen; wenigstens habe ich im Gegensatz zu anderen österreichischen Staatsbürgern nicht das Bedürfnis, Österreich auf diese Stufe herabzubringen. (*Bravo! Bravo!*) Aber da ähnliche Bestrebungen bei uns in Österreich im Gange sind und erst gestern wieder von einem der zahllosen unverantwortlichen Schwäger dieser Richtung (*Sehr gut!*) hervorgehoben wurde, daß die Bestrebungen der Heimwehren darauf abzielen, ähnliche Zustände wie in Italien auch in Österreich herbeizuführen, so erlaube ich mir doch, die an der Gewinnung einer neuen Anleihe interessierten Kreise, also vor allem den Herrn Finanzminister, den Herrn Bundeskanzler und die übrigen mit solchen Fragen in der Regierung befaßten Minister aufmerksam zu machen, daß die ewige Beunruhigung der Wirtschaft durch Drohungen mit Staatsstreichen und mit Überfällen auf Wien und mit Märchen auf Wien und mit der Faust im Sack und mit dem Ausrotten von Sozialdemokraten — was natürlich nicht ganz glatt vor sich gehen würde (*Heiterkeit und Zustimmung*) — eine schwere Gefahr für die österreichischen Finanzen und insbesondere für die vom Herrn Finanzminister lebhaft geäußerten Bestrebungen und Hoffnungen, von denen ich nur wünsche, daß sie in Erfüllung gehen, die Hoffnungen auf Gewinnung der auswärtigen Anleihe, bilden werden. Hier also gilt wirklich der Grundsatz: *caveant consules!* Die Herren Minister mögen also, statt Huldigungsreden für diese Richtung zu halten, doch bedenken, daß hier eine schwere Gefahr für die österreichische Volkswirtschaft und auch für die österreichischen Staatsfinanzen liegt.

Ich sage also: Wirtschaftliche Sorgen hätten wir genug, und ihnen das Augenmerk zuzuwenden, wäre die erste Aufgabe der Regierung. Ich beklage es, daß statt dessen die Regierung andere Sorgen hat und daß sie den Nationalrat mit dieser schon so oft besprochenen Verfassungsreform, über die ich nicht reden will, befaßt, seine Zeit damit in Anspruch nimmt, wobei man aus den Mitteilungen, die aus den Verhandlungen des Unterausschusses in die Öffentlichkeit dringen, wenigstens vorläufig doch die Überzeugung gewinnen muß, daß dabei nichts herauskommt. Die Wirtschaft wird durch diese Verfassungsvorlagen neuerdings beunruhigt, und es wird dem Herrn Finanzminister nicht entgangen sein — ich appelliere an seine Aufrichtigkeit und Offenherzigkeit —, daß die Tatsache, daß unmittelbar nach Einführung dieser Verfassungsreform neuerliche Beunruhigungen des Sparkassenguthabenmarktes stattgefunden haben, neuerliche Abhebungen, wohl ein Symptom dafür ist, daß dies kein geeignetes Mittel ist, die für unsere Wirtschaft so notwendige Ruhe herbeizuführen. Darauf müßte die Aufmerksamkeit der hohen Regierung und, wie ich meine, auch der Mehrheitsparteien vor allem gerichtet sein.

Und nun, hohes Haus, gestatten Sie, daß ich, wenn von wirtschaftlichen Fragen die Rede ist, zunächst diejenigen betrachte, die die Arbeiterschaft vorwiegend interessieren. Da haben wir die Frage der Altersversicherung. Im Juli dieses Jahres wurde unter der Regierung Streeruwitz, von der man gewiß, wenn eine objektive Geschichtsschreibung möglich sein wird, wenn man nicht Geschichte machen und schreiben wird unter dem Drucke von Heimwehren, einmal sagen wird, daß sie einige Verdienste um Österreich sich erworben hat — ich unterschreibe da durchaus das, was der Herr Präsident des Nationalrates am Schlusse der damaligen Session gesagt hat —, der Wohlstandsindex beseitigt. Nun sagt man uns jetzt, die Einführung der Altersversicherung sei von Steuerherabsetzungen abhängig, die wiederum von der Gewinnung einer Anleihe abhängig seien. Da muß ich wiederum sagen, daß jede Anleihe durch Unruhen, die durch Staatsstreichdrohungen und Gewaltdrohungen erzeugt werden, gefährdet ist. Man sollte endlich das den Arbeitern gegebene Versprechen einlösen.

Zu denen, die dieses Versprechen gegeben haben, gehört auch Herr Bundeskanzler Seipel, der im Jänner dieses Jahres versprochen hat, daß noch in diesem Jahre die Altersversicherung werde Gesetz werden. Zu denen, die darauf hoffen, gehören auch die christlichsozialen Arbeiter, die in ihrer Zeitung, in der vom Herrn Abg. Kunisch herausgegebenen „Christlichsozialen Arbeiterzeitung“, in sehr bemerkenswerter Weise — man könnte beinahe jedes Wort unterschreiben, was dort gesagt ist — die Altersversicherung urgieren und nach Informationen, die offenbar von ihren eigenen Parteigenossen in der Führung der Partei gegeben worden sind, behaupten, daß diese Verwirklichung in unmittelbare Nähe gerückt sei. Wir urgieren auch bei dieser Gelegenheit die Verwirklichung dieses Versprechens und wünschen, daß sie nicht von tausend unerfüllbaren Bedingungen abhängig gemacht werde. Insbesondere möchten wir wieder den Herrn Finanzminister aufmerksam machen, daß sowohl er wie der Herr Minister für soziale Verwaltung, wenn sie persönlich den redlichen Wunsch haben, die Altersversicherung durchzuführen, vor allem das schwerste Hindernis, das sich da in den Weg stellt, die Beunruhigung der Wirtschaft durch diese ewigen Putsch-, Staatsstreich- und dergleichen Drohungen, mit Mannesmut, den man, leider Gottes, auf bürgerlicher Seite heute selten findet, bekämpfen müssen.

Ein zweiter Wunsch, auf den ich hier aufmerksam machen möchte, ist die Frage der Arbeitslosenversicherung. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seinem vorgestern gehaltenen Exposé zum Budget mit einigen nicht ganz klaren Andeutungen auch darauf hingewiesen, daß hier eine Einschränkung notwendig wäre. Ich würde den Herrn Finanzminister, der doch auch ein Volkswirt ist, aufmerksam

zu machen mir erlauben, daß jede Einschränkung der Arbeitslosigkeit und jede Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung, die auf einem unorganischen Wege zustande kommt, von Ubel ist. Die Arbeitslosigkeit kann nur auf einem Wege wirklich organisch eingeschränkt werden: das ist, wenn man eine vernünftige Industriepolitik macht, das ist, wenn man eine Politik der Belebung des Geldmarktes betreibt, und nicht dadurch, daß man Abstriche im Budget macht oder daß man Anträge hier einbringt, die die Zahl derjenigen, die zu unterstützen seien, mit diesen oder jenen abgeschrägten Mittelchen einzuschränken versuchen. Nur dann werden Sie — ich kann keinen anderen Ausdruck gebrauchen — organisch dieses Ubel bekämpfen, denn wenn Sie den gegenwärtigen Zustand verlängern, wo Leute vier Jahre, vielleicht schon fünf Jahre hintereinander arbeitslos sind, also bereits zum großen Teil ihre Unterstützung verloren haben, wenn Sie durch künstliche Einschränkung, indem Sie einfach den Bleistift in die Hand nehmen und die betreffende Budgetpost streichen oder ein entsprechendes Gesetz einbringen, das Glend vermehren, dann vermehren Sie auch die Unruhe. Die Leistungsfähigkeit eines Menschen an Geduld hat doch eine gewisse Grenze, und man darf die Leute doch nicht bis zum Außersten treiben. Bauen Sie die Wirtschaft auf, befreien Sie sie von den sie beunruhigenden, unterdrückenden Momenten, die aus Drohungen herrühren, und dann werden Sie vielleicht alle diese Folgen, die ich da gekennzeichnet habe und die in letzter Linie zum Ruin der Wirtschaft führen, beseitigen.

Ich verweise weiters auf die Forderungen der Kriegsbeschädigten. Der Herr Abg. Högl und andere sozialdemokratische Abgeordnete haben die Wünsche der Kriegsbeschädigten in der Form eines Gesetzesantrages dem Hause zur Kenntnis gebracht. Die Forderungen, die dort erhoben werden, sind wahrlich so wenig übermäßig, daß selbst ein verhärtetes Herz sich ihnen nicht verschließen könnte. Daß zum Beispiel verlangt wird, daß bei einer 75prozentigen Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 150 S bezahlt wird, wird wohl niemand als übertrieben ansehen; oder daß bei einer 45prozentigen Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 15 S bezahlt wird, muß doch Bescheidenheit genannt werden. Als Waisenrente werden 20 S und für Doppelwaisen 40 S verlangt. Ja, hohes Haus, es ist doch heute in Österreich das Wort vom Heimatschutz das am meisten gebrauchte Wort. Und von wem kann man mehr sagen, daß er die Heimat geschützt hat als von diesen Kriegsinvaliden! Die spüren ja den Heimatschutz in ihren amputierten Beinen, in ihren zur Blindheit verurteilten Augen und in den Schädelverletzungen, die ihre geistige Kapazität herabgesetzt haben. Na also, schützen Sie einmal die wirklichen Heimatschützer (lebhafter Beifall und Händeklatschen), statt daß

Sie vor den die Heimat bedrohenden Heimat-  
schützern einen Rottau machen.

Eine weitere Frage ist die der Kleinrentner. Es ist endlich nach langer Mühe unter der Regierung Streeruwitz, deren Weiterbestand die Heimwehren nicht ausgehalten haben und die sie daher stürzen mussten, dieses seit Jahren in Schweben und in Diskussion befindliche Gesetz gemacht worden. Als Ergebnis dieses Gesetzes ist in das nächstjährige Budget ein höherer Betrag eingesetzt worden, und zwar 12 Millionen Schilling. Nun stehen noch die Verordnungen aus, die der Bewilligung des Hauptausschusses unterliegen und die Bezugsberechtigung regeln sollen. Ich glaube, daß es mit Rücksicht auf andere Ziffern, von denen ich gleich sprechen werde, nicht unangebracht wäre, den Herrn Finanzminister zu ersuchen, daß er bei der Regelung der Bezugsberechtigung, die durch Verordnung erfolgen soll, sagen wir, weitherziger, großmütiger sein möge, als man die Sache bisher aufgefaßt hat. Es wird das bei den großen Einkünften, die der Staat gegenwärtig hat, nicht schaden.

Ich komme dann endlich noch auf die Frage des Pächterschutzes zurück. Seit zehn Jahren hat sich dieses Gesetz in Österreich eingelebt, und ich muß feststellen, daß heute auch von christlichsozialer Seite, also von Seiten derjenigen Herren Abgeordneten, die früher diesem Gesetz nicht übermäßig freundlich gegenüberstanden, eine andere Haltung, eine günstigere Haltung eingenommen wird. Ich habe sogar schon in der „Reichspost“ Artikel gelesen, die sich der Notwendigkeit, eine solche Regelung endlich grundsätzlich zu vollziehen, nicht verschließen, was sehr zu begrüßen ist, ja ich sehe sogar, daß die Herren von der rechten Seite dieses Hauses Anträge eingebracht haben, worin doch dem Gedanken Ausdruck verliehen wird, daß das österreichische Pächtrecht, das nur auf die seinerzeitigen Verhältnisse in Galizien, also für die polnischen Grafen und ihre Pächter, zugeschnitten war, für Österreich nicht passe und daher ein neues, österreichisches Pächterschutzgesetz geschaffen werden müsse, das insl. andere für die Alpenländer eine bestimmte Form haben müsse. Nun, hoffentlich werden wir trotz all der Kriegsstimmung, die den Herren von außen gegen uns okkupiert wird, in diesem Punkte doch zusammenkommen, und wird sich hier eine Verständigung zum Schutze der landwirtschaftlichen Pächter erzielen lassen. Jedenfalls ist es notwendig, daß, wenn bis Weihnachten dieses Pächterschutzgesetz, das Sie selbst, nach Ihren Anträgen zu schließen, zu wünschen scheinen, nicht zustande kommt, naturgemäß dann das gegenwärtige provisorische Schutzgesetz verlängert wird. Das sind die wichtigsten, die allerhervorragendsten Wünsche, die die Arbeiterschaft betrifft, und ich will mich damit beschließen.

Nun gestatten Sie, hohes Haus, daß ich auf das Budget selbst zu sprechen komme. Da bitte ich, mir zu erlauben, daß ich zunächst auf die Einnahmenseite einen Blick werfe. Der Stadt Wien wirft man ununterbrochen vor, daß sie eine fürchterliche Überspannung des Steuerdrucks verübe. In allen Ihren Versammlungen, meine Herren von der Mitte und von der rechten Seite dieses Hauses, wird über diese sogenannten Breitner-Steuern geklagt und darüber, daß alles zusammenbrechen müsse, weil diese Steuern die Wirtschaft erschlagen. Ja, diese Klagen werden auch fortgesetzt, obwohl in den letzten Jahren die Gemeinde Wien freiwillig mit einer ganzen Reihe von Steuerherabsetzungen vorgegangen ist, die übrigens im Einvernehmen mit den interessierten Kreisen vorgenommen wurden. Was soll man nun dazu sagen, wenn gegenüber diesen furchtbaren Klagen über den Wiener Steuerdruck die Erläuterungen zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das nächste Jahr auf Seite 7 feststellen, daß die Einnahmen des Bundes im Jahre 1923 978,9 Millionen Schilling betrugen und im Jahre 1928 1892 Millionen Schilling (Hört! Hört!), also das Doppelte. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, auszurechnen, was sie nach der Meinung des Herrn Finanzministers für das Jahr 1930 betragen werden, aber bei dem ununterbrochenen Aufstieg dieser Finanzen, den ich aus anderen Ziffern für das nächste Jahr gleich darlegen werde, ist zu schließen, daß dieser Betrag im Jahre 1930 wieder um etwa 100 Millionen überstiegen werden wird, denn der Aufstieg ist, wenn wir von 1924 absehen, wo er 500 Millionen betrug, sonst in jedem Jahr ungefähr 100, 120 Millionen mehr gewesen. Wir würden also für 1930 rund 240 Millionen Mehreinnahmen haben, also sagen wir rund Einnahmen von weit über 2000 Millionen. Ja, meine Herren, warum regt sich auf ihrer Seite darüber niemand auf? Da haben wir nichts von Steuerherabsetzungen gehört — das heißt, wir haben wohl etwas gehört, der Herr Finanzminister hat davon gesprochen, daß, wenn wir einmal die Anleihe bekommen werden, dann möglicherweise solche Herabsetzungen werden möglich sein. Wir sind aber vorläufig bloß beim Versprechen und nicht bei der Durchführung. Ja, die Stadt Wien hat auch keine Anleihen aufgenommen — bloß eine einzige Investitionsanleihe, die nicht wesentlich ist —, und trotzdem setzt sie die Steuern herab. Der Staat aber, der seine Einnahmen in einem Zeitraum von sieben Jahren mehr als verdoppelt hat, wäre doch gewiß berufen, dieses Beispiel von Wien nachzuahmen und damit den Steuerdruck, über den Sie so klagen, zu entlasten. Sehen Sie doch ein, daß das — ich bemühe mich, sehr höflich zu sein — eine einseitige Behandlung dieser Frage ist, wenn Sie aus politischen Gründen auf Wien hinhauen und den Minister, der Ihnen

2968 107. Sitzung des N. R. der Republik Österreich, III. G. P. — 7. November 1929.

doch zugänglich ist, auf den Sie durch ihre Mehrheitsbeschlüsse Einfluß haben, absolut nicht zu bewegen sich bemühen, daß er einmal dieses Wiener Beispiel befolgen und den Steuerdruck herabsetzen möge.

So lehrt zum Beispiel gegen das Vorjahr die jetzige Vorlage, daß die direkten Steuern von 1929 auf 1930 um 10 Prozent steigen, daß die so vielfach angefeindete Körperschaftssteuer wiederum um 10 Prozent steigt, daß die Einkommensteuer um mehr als 10 Prozent steigt.

Der Herr Finanzminister ist ja ein Fachmann auf dem Gebiete der Warenumsatzsteuer, er ist ja einer derjenigen, die das Verdienst haben, die Warenumsatzsteuer geschaffen zu haben, und ihm gebührt, wie ich höre, das Hauptverdienst an dieser Regelung. Ja, die Warenumsatzsteuer steigt in diesem Jahre von 232 auf 252 Millionen, und da wir doch wissen, daß die Voranschläge immer hinter der Wahrheit zurückbleiben, das heißt immer tiefer angefertigt sind, als dann der tatsächliche Erfolg ist, so sind diese 20 Millionen Steigerung offenbar zu wenig. Die Zölle steigen von 254 auf 278 Millionen, wiederum indirekte Steuern, die in einem einzigen Jahr um 24 Millionen steigen.

Dabei steigen die Einnahmen auch aus einer unbekannten Steuer, nämlich aus der Tabaksteuer, deren Größe ja niemand kennt, weil sie sich in dem Preise der Tabakfabrikate sorgfältig verbüllt. Aber dieses glänzende Unternehmen, das im Jahre 1925 149 Millionen Reingewinn oder, um es mit den Terminen der Budgetvorlage auszudrücken, einen Nettoüberschuß von 149 Millionen gehabt hat, der im darauffolgenden Jahr 168 Millionen, im Jahre 1927 177 Millionen, im letzten Jahr 191 Millionen und der im kommenden Jahr schon mit 196 Millionen veranschlagt ist — aus einem einzigen Monopol, von dem ich nicht leugne, daß es gewiß gut verwaltet ist —, ich bitte, meine Herren, bei solchen Einnahmeziffern dürfte es doch nicht umangebracht sein, zu verlangen, daß Entlastungen eintreten. Und da schließe ich mich auch den Wünschen, die im bürgerlichen Lager erhoben worden sind, an, daß endlich einmal hier solche Rücksichten genommen werden.

Bevor ich mich nun der Ausgaben Seite dieses Budgets zuwende, möchte ich zunächst auf folgendes verweisen. Wir haben jetzt die dritte Budgetdebatte in diesem Hause, seit unsere verehrten Kollegen vom Landbund angekündigt haben, daß sie nie mehr eine Budgetdebatte zulassen werden, ohne daß endlich die österreichischen Schulgesetze auf das Burgenland ausgedehnt werden. Jedesmal hat sich eine Mehrheit dieses Hauses, in der sich ja auch, wenigstens am Anfang — bei den Schlus abstimmungen hat es sich dann anders ergeben —, die Herren Landbündler befanden, für diese Ausdehnung ausgesprochen. Sie reden immer von der

korrupten Demokratie — das ist jetzt in Österreich so üblich geworden —, Sie reden immer von der Durchsetzung des Mehrheitswillens, und wenn nun die Herren Landbündler, von denen ich ehrlich zugeben muß, daß sie auf der ganzen rechten Seite dieses Hauses noch die einzigen sind, die eine gewisse Courage gegenüber den Heimwehrern an den Tag legen — wenn auch nur von Zeit zu Zeit und wenn auch nicht alle von den geehrten Herren Kollegen dieses Klubs —, wenn Sie also wirklich, wie Sie immer versichern, für die Demokratie und für eine aufrechte Demokratie sind und uns anklagen, daß wir den Mehrheitswillen nicht respektieren, so nehme ich an, daß Sie diese Gelegenheit der dritten Debatte über diese Frage dazu benutzen werden, um endlich einmal die Regierung zu entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Diese Regierung ist ja jetzt nicht so ausgesprochen klerikal, wenigstens sind, was das Gewand anbelangt, nicht lauter Klerikale auf der Regierungsbank, und der einzige Herr Minister, der ein solches an sich gewiß verehrungswürdiges Gewand trägt, ist zweifellos an dieser Frage nicht interessiert. Ich nehme also an, daß Sie endlich den Mehrheitswillen respektieren werden, meine Herren von der Mehrheit, und diese geforderte Übertragung der österreichischen Schulgesetze auf das Burgenland von dieser Regierung endlich erzwingen werden.

Auf die Ausgaben Seite will ich nun nur einige Streiflichter werfen. Da ist in dem Budget eine neue Post „Volkszählung“ mit dem Betrage von 200.000 S angegeben. Ich erinnere mich, daß im Jahre 1923 diese Volkszählung mit weit größeren Kosten veranstaltet wurde, daß man aber damals einige Besonderheiten im Sinne hatte und nicht allzuviel herauskam. Die Kopfzahl zum Beispiel wurde für alle Bundesländer gleichmäßig erhoben, dagegen wurde die Frage der nationalen Zusammensetzung und der Berufsgliederung nur für einige Länder angeordnet und durchgeführt. Das Resultat ist, daß wir über die Berufsgliederung in Österreich überhaupt nichts wissen, daß wir diese Statistik nicht verwerten können und diese für die Volkswirtschaft äußerst wichtigen Daten für uns gar nicht existieren. Ferner aber möchte ich fragen, ob die Regierung auch diesmal die Frage der Rassenzugehörigkeit in ihr Volkszählungskonzept aufnehmen will, von der ich auch nur weiß, daß bei den Antworten gar nichts herausgekommen ist, wie es in der Natur der Sache liegt, bei dem Umstand, daß nach den Ergebnissen der Wissenschaft Rasse wenigstens in Europa ein absolut undefinierbarer Begriff ist und nach den Mischungen des Weltkrieges noch viel undefinierbarer geworden ist.

Ich nehme also an, daß die Regierung so vernünftig sein wird, diesen völlig fehgeschlagenen Versuch diesmal nicht zu wiederholen.

Ich habe früher von der Arbeitslosenversicherung gesprochen und davon, daß man von gewissen Seiten — zu denen ich zu meinem größten Bedauern nach seinen letzten Ausführungen auch den Herrn Finanzminister rechnen muß — mit einer Einschränkung des Umfanges der Arbeitslosenunterstützung droht. Da gestatte ich mir nun, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Ziffern zu lenken. Schauen wir uns die Summe an, die der Bund für Subventionen an die Landwirtschaft ausgibt. Ich bitte — damit ich nicht mißverstanden werde —: für alle diese Ziffern, die hier angeführt werden, bin ich und sind meine Kollegen ohne irgendeine Ausnahme. Wir wissen ganz genau, daß sich die österreichische Landwirtschaft in einer sehr schweren und bedrängten Lage befindet, und so wie wir für die letzte Subvention von 6 Millionen Schilling, für die Molkereikredite waren, so sind wir auch jetzt der Meinung, daß die Landwirtschaft der Hilfe des Staates bedarf; wir wünschen, daß sie ausgiebiger sein könnte, als es die der Landwirtschaft zuletzt zur Verfügung gestellten Beträge sind. Ich bitte also, wenn ich jetzt Ziffern anführe, von vornherein darum, nicht zu meinen, daß ich eine Kritik an diesen Ziffern üben will. Ich erkläre, ich bin dafür, ich halte diese Zuwendungen an die Landwirtschaft für ganz berechtigt. Nur aber ergibt sich da folgendes: Insgesamt haben diese Subventionen gegen das Vorjahr eine starke Erhöhung erfahren. Sie machen — den Molkereikredit abgerechnet — 52 Millionen Schilling aus. Ich wiederhole, es ist nichts dagegen zu sagen. Aber wenn Sie nun diese Ziffer betrachten — ich wende mich jetzt lediglich an die Herren Bauernabgeordneten auf den verschiedenen Seiten des Hauses — und danebenstellen die Tatsache, daß aus Bundesmitteln für die Arbeitslosenunterstützung und für die Altersfürsorgerente eine Summe von im ganzen 22 Millionen Schilling — 18 plus 4 Millionen Schilling — ausgegeben wird, so glaube ich, verehrte Herren Kollegen von den Bauern, daß es wohl zeitgemäß wäre, Ihre, sagen wir, Feindseligkeit — um nicht zu sagen: Gehässigkeit — gegen die Arbeitslosenunterstützung, die auch schon in angekündigten Anträgen ihren Ausdruck gefunden hat, endlich einmal einzuschränken. Ich will jetzt gar nicht auf das Zahlenverhältnis, auf die Tatsache, daß die Zahl der Arbeiter größer ist als die der Landwirte, auf das alles will ich nicht verweisen, aber wer diese zwei Ziffern nebeneinanderstellt, wird wohl einsehen, daß es unangebracht ist, die Nase über die Arbeitslosenunterstützung zu rümpfen, und wird endlich den Krieg gegen die Allerelendesten, Unglücklichsten und Ausgestoßensten in diesem Staat hoffentlich einstellen. (Beifall.)

Die Arbeitslosenzahl würde herabzumindern sein, wenn man nur ein Gesetz, das dieses Parlament schon beschlossen hat, endlich einmal ausführte, das

ist das Gesetz über die Wohnbauförderung. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner letzten Rede rühmend hervorgehoben, daß  $10\frac{1}{4}$  Millionen Bundeszuschüsse für die Wohnbauförderung im Budget vorgesehen sind. Sie müssen mir verzeihen, wenn ich dieses Schätzchen als ein Schnüren mit fremden Federn bezeichne, denn diese  $10\frac{1}{4}$  Millionen werden aus der Zinsgroschensteuer und nicht vom Herrn Finanzminister aus den Mitteln des Bundes bezahlt; dazu ist eine eigene Zwedsteuer eingerichtet worden. Es ist also nicht das gute Herz des Finanzministers, das sich vielleicht anderswo zu äußern Gelegenheit hat, in dieser Sache ist es nicht seine soziale Einsicht, die das leisten wird. Aber warum wird damit nicht endlich angefangen? Da wir, wie ich früher an einzelnen Ziffern gezeigt habe, eine vorzeitige Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, wäre es längst an der Zeit gewesen, diese Mittel, wenn auch vorschußweise, flüssigzumachen und endlich einmal mit der Wohnbauförderung zu beginnen. Das wäre, Herr Finanzminister, ein organisches Mittel, die Arbeitslosigkeit einzudämmen und damit auch Ihre Budgetziffer, die die Arbeitslosenunterstützung darstellt, herabzusetzen.

Ich bitte, mir nun zu gestatten, daß ich einige Worte über die Bundesbetriebe sage. Einige dieser Betriebe sind wirklich ausgezeichnet geführt. Leider aber leiden sie — ich werde darüber näher im Budgetausschuß sprechen, um hier Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen — an einer Halbschlächtigkeit ihrer Konstruktion. Das Wiederaufbaugesetz hat zwar die Kommerzialisierung der Betriebe verlangt, aber von dem früheren rein bürokratischen kameralistischen Zustand dieser Betriebe bis zu einer wirklichen Kommerzialisierung ist unsere Gesetzgebung nicht auf Halsbem, sondern auf Viertel-, ja auf Zehntelwege steckengeblieben. Die Folge davon ist, daß sich die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmungen nicht restlos auswirken kann. Vor allem haben Sie, meine Herren von der Mehrheit, bei dieser Kommerzialisierung unterlassen, diese Betriebe von schweren Belastungen, die ihnen nicht aus ihrer Eigenart, sondern, sagen wir, aus der Historie dieses Staates erwachsen, zu befreien. Die meisten dieser Betriebe sind zum Beispiel mit hohen Pensionslasten belastet, die aus der alten Monarchie und aus den Eigentümlichkeiten des Zusammenbruchs herrühren, die aber zu Unrecht ihrem Etat angelastet werden.

Von diesen Betrieben möchte ich nur einen besonders hervorheben, das sind die Bundesbahnen. Ich knüpfe da an eine Äußerung des Herrn Finanzministers in seiner letzten Rede an, der ich zustimme: Es sei strengste Solidität in der Gebiarung des Bundes und seiner Betriebe notwendig, und man müsse vorsichtig und sparsam wirtschaften.

Die Bundesbahnen sind ein Betrieb, von dem man sagen kann, daß bei ihm wohl die weitest-

gehende Kommerzialisierung — relativ, bitte! — durchgeführt wurde. Diese Kommerzialisierung hat auch ihre Früchte getragen. Während im Jahre 1924, also bei der Übernahme durch die gegenwärtige Generaldirektion und Verwaltungskommission, ein Betriebsabgang von 53 $\frac{1}{2}$  Millionen Schilling zu verzeichnen war, war schon im Jahre 1925 ein Betriebsüberschuss von 1.6 Millionen vorhanden, der im Jahre 1928 auf 28.8 Millionen stieg und der voraussichtlich Ende 1929 einen Stand von 54 Millionen erreichen wird. Im Jahre 1927 ist überdies sogar ein, wenn auch nur bescheidener Reingewinn von 200.000 S erreicht worden, der seit dieser Zeit ungefähr auf der gleichen Höhe blieb.

Dieser Betriebsüberschuss wurde erzielt, obwohl die Österreichischen Bundesbahnen, was den Personentarif anbelangt, noch nicht die Goldparität erreicht haben und obwohl sie im Gütertarif erst vor ganz kurzer Zeit bei der letzten Erhöhung nur sehr wenig den Stand des Jahres 1924 überschritten haben. Und bei allem hat der Betrieb höhere Leistungen erzielt, zum Beispiel 25.4 Prozent mehr Zugskilometer und 22.9 Prozent mehr Gesamtlastentonnenkilometer. Es ist der gegenwärtigen Direktion gelungen, den Personalstand zu reduzieren, was ja nur im Einvernehmen mit dem Personal gelingen konnte, so daß gegenwärtig die Durchschnittsleistung des einzelnen Bundesbahnenbedienten wesentlich gestiegen ist, was aus folgenden Ziffern hervorgeht. Auf 1 Million Wagenachs-kilometer sind im Jahre 1924 58.6 und im Jahre 1928 44.5 Bedientete gekommen, woraus hervorgeht, daß gegenwärtig der einzelne offenbar mehr leistet als früher — wiederum eine Regelung, die nur durch eine weise Generaldirektion, die im Einvernehmen mit dem Personal diese Regelung vollzieht, möglich sein konnte.

Dieser wirklich großartige Erfolg, den man, ich möchte sagen, mit jubelndem Herzen anerkennen muß, die Tatsache, daß endlich einmal ein Bundesbahnbetrieb in Österreich gut verwaltet wird, was man außer von der Tabakregie sonst nur mit einer gewissen Einschränkung sagen kann, was aber nicht ein Tadel für die gegenwärtigen Leiter dieser Betriebe ist, sondern, wie ich schon früher erwähnte, auf die schweren Belastungen zurückzuführen ist, die bei der Schaffung des Wiederaufbaugesetzes diesen Betrieben aufgeladen wurden; die Größe dieses Erfolges also tritt erst hervor, wenn man die österreichischen mit den schweizerischen Bundesbahnen, die bekanntlich auch sehr gut verwaltet sind, vergleicht. Die schweizerischen Bundesbahnen haben nur 60 Prozent des österreichischen Verkehrs, sie haben aber infolge höherer Tarife etwa rund 100 Prozent höhere Einnahmen. Dazu kommt, daß die schweizerischen Bundesbahnen ihre Investitionskredite mit 3 bis höchsten 6 Prozent verzinsen und erst in hundert Jahren tilgen müssen, während die

Österreichischen Bundesbahnen die ihnen vom Bundes- schatz geliehenen Gelder mit 8 Prozent verzinsen und schon in 18 Jahren tilgen müssen, was einer Verzinsung von 10 $\frac{1}{2}$  Prozent gleichkommt. Wenn man die Betriebszahlen vergleicht, so scheinen sie auf den ersten Blick für Österreich nicht günstig zu sein. Die Betriebszahl ist bekanntlich das in Prozenten ausgedrückte Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen. Die Betriebszahl beträgt in Österreich 95 Prozent und in der Schweiz 63 Prozent, aber diese 63 Prozent müssen bedeutend hinaufgezogen werden, wenn man erwägt, daß die Schweiz um 42 Prozent geringere Pensionslasten — das ist also einer der Fälle, die ich früher angeführt habe — zu tragen hat, so daß also aus diesen 63 Prozent auch so etwa 80 bis 90 Prozent herauskommen. Das heißt, die Österreichischen Bundesbahnen sind so gut verwaltet worden — was ich hier öffentlich anerkennen muß —, daß sie sich mit den schweizerischen auch in bezug auf den Erfolg durchaus vergleichen können, obwohl die schweizerischen Bundesbahnen in allen Hinsichten günstigere Verhältnisse, höhere Tarife, geringere Verzinsungen, geringere Pensionslasten haben und einen geringeren Verkehr bewältigen müssen.

Das aber, hohes Haus, können wir nicht vertragen, daß es einen Bundesbetrieb gibt, der ordentlich verwaltet wird — ich meine ordentlich im Sinne einer kaufmännischen Führung und will damit nicht an eine strafgerichtlich zu verfolgende Defraudation denken. Endlich haben wir also einen solchen Betrieb, endlich haben wir ein Gesetz geschaffen, das wenigstens so weit gegangen ist, daß es dieser Verwaltung keine Fesseln an die Beine und Hände legt. Das halten wir nicht aus; auch da mischt sich die Politik in die Fragen dieser Wirtschaft, und es gibt Politiker, für die Politik nichts anderes bedeutet als Stellenvermittlung (*Sehr richtig!*), und diese können dieses gute Gebaren, diesen günstigen Abschluß nicht vertragen. Auch hier, Herr Finanzminister, machen sich Heimwehreinflüsse geltend. Die Tatsache, daß dort zwischen Personal und Unternehmer im allgemeinen ein so günstiges Verhältnis herrscht, das zu dem glänzenden Gediehen dieses Unternehmens trotz unserer schlechten Wirtschaft geführt hat — das ist auch noch ein Vergleichspunkt zwischen Österreich und der Schweiz: wir haben eine viel fränkere Volkswirtschaft als die Schweiz, und für die Versorgung der Bahnen mit Frachtgut ist ja das Gediehen der Volkswirtschaft die erste Voraussetzung —, das vertragen die Heimwehren nicht. So wie sie alles bei uns ruinieren, die ganze Wirtschaft ununterbrochen beunruhigen und ununterbrochen zu den schweren Verlusten beitragen, die schließlich in dem Krach einer großen Bank ein Ende finden, so auch hier: *Fiat mutatio personalis, pereat mundus!* (Beifall und Hände-

klatschen.) Das ist der Grundsatz, den die Herren propagieren möchten, und ich mache hier vor dem ganzen Hause den Herrn Finanzminister und den Herrn Bundesminister für Handel öffentlich für die Folgen verantwortlich, wenn sie diesen Forderungen von Leuten, die nie genug haben an Unterbringung ihrer den Staat ruinierenden Persönlichkeiten, auch da wiederum nachgeben, statt die Tatsachen zu erfassen, wenn sie da von tadellosen Ehrenmännern und Volksbewegungen u. dgl. reden und so die Bundesbahnen ruinieren sollten. Ich sage also, daß ich sie heute hier vor dem ganzen österreichischen Volke für diese Folgen verantwortlich mache (*Beifall und Händeklatschen*), und ich wünsche, daß sie da endlich einmal etwas mehr Mackensteife gegenüber der Unverschämtheit solcher Forderungen an den Tag legen.

Aber in derselben Zeit, wo unsere Bundesbetriebe unter der allzu starken Belastung leiden, kommen die Herren nun nächstens zum Hauptausschuß mit der Zumutung einer Postportoerhöhung von einem Umfange, der ja geradezu phantastisch genannt werden muß: 20 bis 25 Prozent! Ja, Herr Bundesminister, entlasten Sie die Postverwaltung von ihren Pensionsleistungsverpflichtungen, die wiederum auf das Konto des alten Staates und nicht dieser Verwaltung gehören. Es ist nicht wahr, daß eine Postverwaltung unbedingt passiv geboren muß. Das sieht man in jenen Ländern, wo — ohne daß ich wünsche, daß dies etwa nachgeahmt würde — die Postverwaltung Privatunternehmern überlassen wird, wo sie also offenbar mit einem Gewinn abschließt. Das ist möglich, Herr Finanzminister, und es ist nicht notwendig, daß man es auf dem Umweg über eine so furchtbare neue Belastung der breiten Volksmassen, die ja schließlich alles tragen müssen, vollzieht.

Unter den Ausgabeposten sind auch jene für die Hochschulen, und das veranlaßt mich, hier doch eine Frage an den freilich augenblicklich nicht anwesenden Herrn Unterrichtsminister zu stellen. Wenn jemand nur die Zeitungen der Mehrheit durchliest, so müßte es einem solchen Leser offenbar als selbstverständlich erscheinen, daß Hochschulen die Stätte von Krawallen zu sein haben. Nach diesen Zeitungen gehört es zu den natürlichen Rechten eines Studenten, wenn er ein Heimwehrler oder ein Hakenkreuzler oder der gleichen ist, andere Studenten, die ja auch ihr Geld für die Vorlesungen gezahlt haben, an dem Besuch des Unterrichtes zu hindern. Es gehört zu ihrem von der ganzen Heimwehrphrasologie beeinträchtigten und — verzeihen Sie das Wort — etwas ungünstig beeinflußten Vorstellungsleben, zu jener ganzen Phrasologie, die ohne rohe, plumpe, pöbelhafte Drohungen nicht auskommen kann, offenbar auch, daß sie meinen, daß Universitäten, die doch von

unser aller Geld bezahlt werden, die doch von der ganzen Bevölkerung in der Form von Steuerleistungen bezahlt werden (*lebhafter Beifall*), ein Privilegium gewisser, von der Heimwehr protegierter Studentengruppen sind. Meine Herren, das ist eine von den vielen Ungesetzmäßigkeiten, die in Ihrem Vorstellungsleben in der letzten Zeit Platz gegriffen haben. Erst gestern wurde wieder in einer Heimwehrkundgebung zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Verfassung nicht auf normalem verfassungsmäßigem Wege zusammenkommt, die Heimwehr illegale Methoden anwenden wird. Damit, meine Herren, erzeugen Sie diese Beunruhigung, erzeugen Sie dieses Aufmerken der ganzen Welt. Aber es scheint, daß Sie das auch nur auf dieses Gebiet ausdehnen wollen. Sowenig ist uns die Nachricht zugekommen, daß eine Vorlesung des Universitätsprofessors Tandler von diesen Heimwehrkrawallisten gesprengt worden ist. (*Hört! Hört!*) Morgen werden Sie in Ihren Zeitungen wieder sagen, die Sozialdemokraten beunruhigen, Sie werden wieder in Ihren Zeitungen die unverschämtesten Lügen über die Ursachen der Beunruhigung der Öffentlichkeit erzählen. (*Zwischenruf Dersch.*) Greifern Sie sich nicht! Herr Kollege, Sie sind gewiß nicht mit diesen Krawallen einverstanden. (*Dersch: Nein!*) Dann nehmen Sie nicht Partei! Da werden andere Studenten hinausgeworfen, werden hinausgeprügelt, ja der Mannesmut dieser — ich unterlasse es, hier das mir wirklich ernste Wort „deutsch“ auszusprechen —, der Mannesmut dieser sich wenigstens so nennenden Buben äußert sich in dem Prügeln von Frauen, die dort studieren. (*Lebhafte Pfui!-Rufe.*) Ich möchte doch eine Äußerung auch von den Herren provozieren, ob sie denn mit diesen Bühnereien, mit diesen Krawallen einverstanden sind, und meine Anfrage gilt hier vor allem dem Herrn Unterrichtsminister. (*Allina: Der Herr Unterrichtsminister könnte sich das schon anhören!*) Vielleicht teilt man ihm das mit. Ich möchte wissen, ob auch er gesonnen ist, diesen Sprengern von Versammlungen, diesen Prügelleuten, diesen mit Gummifüßteln ihre studentische Gesinnung und ihre nationale Gesinnung äußernden jungen Herren genau so die Mauer zu machen wie die Herren Rektoren Gleispach und Schaffernak (*lebhafter Beifall*), ich möchte wissen, ob der Herr Unterrichtsminister sich auch auf das Gebiet jener wohlwollenden Duldung gegenüber den Führern dieser Prügelszenen begibt wie zum Beispiel der vom Volk mit der Hütung des Rechtes beauftragte Herr Justizminister, der sich in irgendeiner seiner Kundgebungen zu diesen Prügelgruppen, zu diesen Heimwehrleuten bekannt hat. (*Hört! Hört!*) Wie der letzte Fall des gestorbenen Schiffkovitsch, dieses Arbeiters von St. Lorenzen, beweist, sind die Heimwehrbanden durchaus nicht imstande und bereit, eine Unterstützung der „legalen Macht“, wie

sich der Herr Justizminister ausgedrückt hat, zu garantieren.

Ich hoffe also, daß wir doch dazu gelangen werden, diese Antwort vom Herrn Unterrichtsminister zu bekommen. Ich möchte nur eine kleine spöttische Bemerkung — verzeihe Sie mir — daran knüpfen. Die Wache wurde jetzt, wie ich höre, aufgefordert, die Vorlesung des Herrn Professors Tandler zu schützen. Wenn man sich so wie die Herren von der Regierung in ihrer neuen Verfassung so angelegenlich darum annimmt, daß in jedem Theater ein Wachmann sein soll, so wäre es vielleicht auch angezeigt, daß, wenn man an die Wache die Auflorderung richtet, die ruhige Vorlesung eines Universitätsprofessors gegen krawallierende, exzessierende, mit Gummiknöpfen versehene Leute zu schützen, vielleicht dieses staatliche Brachium sich doch endlich entschließt, den angeforderten Schutz der Vorlesung eines Universitätsprofessors zu leihen.

Und nun habe ich noch eine Frage an den Herrn Bundeskanzler, der leider auch nicht anwesend ist. Ich lese die heute eingelangte Zeitungsnachricht, daß die Ostreparationskonferenz in Paris zu Ende gegangen ist. Es wäre doch wichtig, daß das Haus Mitteilungen über die Ergebnisse dieser Konferenz bekommt. Ich erlaube mir also, an den Herrn Bundeskanzler die Auflorderung zu richten, in kürzester Zeit dem hohen Haus diese Mitteilungen zu machen.

Und so kann ich denn meine Ausführungen, die ich mich bemüht habe — Sie werden mir das Zeugnis nicht versagen —, in einigermaßen zurückhaltender Weise vorzubringen, doch nur mit einem Wunsche schließen: Wohin wir blicken — das sage ich vor allem dem Herrn Finanzminister und der hohen Regierung im ganzen —, wohin wir blicken, sehen wir, daß gegenwärtig nichts wichtiger ist, als die Einmischung der Politik in die Wirtschaft zu verhindern. Weg mit dieser Heimwehrpolitik, die die österreichische Wirtschaft ruiniert, und zurück zur Wirtschaft! Das wird uns gesunden machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen!)

Dr. **Aneißl**: Hohes Haus! Eines der wichtigsten Rechte einer jeden parlamentarischen Körperschaft ist das Budgetrecht. Es ist auch eines der ältesten Rechte. Wenn wir auf die Entwicklung der Verfassung in den einzelnen Ländern Österreichs zurück schauen, wenn wir einen Blick werfen auf die alten ständischen Verfassungen, die drei, vier Jahrhunderte zurückreichen, so sehen wir, daß schon damals, wo noch keine Spur von einem modernen Parlamentarismus zu sehen war, die alten Landstände ein Budgetrecht hatten, daß die alten Landstände damals diejenigen waren, die dem Landesfürsten die Steuern bewilligten. Die Geldfrage ist in der Privatwirtschaft und um so mehr auch im Staate eine der wichtigsten Fragen. Sie können darans ermessen, daß die Budgetangelegenheit eine der wichtigsten

Agenden eines jeden Parlaments ist. Das Parlament hat in der Budgetberatung Gelegenheit, wirtschaftliche, politische Kritik zu üben, die Regierung in ihrer Gebarung zu überprüfen und diese Gebarung zu kritisieren. Diesem Rechte steht auf der anderen Seite natürlich wieder eine Pflicht gegenüber, die Pflicht nämlich, diese Debatte mit einem der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Ernst zu führen. Ich möchte mit dieser Einleitung auf die Wichtigkeit und auf den Ernst hinweisen, den eine Budgetdebatte für den ganzen Staat besitzt. Es ist bei der ersten Lesung keine Zeit, auf einzelne budgetäre Fragen näher einzugehen. Dazu ist der Ausschuß da, dort wird Gelegenheit sein, das Budget zu erörtern und Kritiken, wo solche berechtigt sind, vorzubringen.

Die Budgetdebatte gibt aber auch Anlaß, einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage im Staate zu geben. Bezuglich der wirtschaftlichen Lage müssen wir mit Recht hervorheben, daß unser Staat als konsolidiert, als gefestigt betrachtet werden muß, denn seit dem Jahre 1923 besitzen wir, wie der Herr Finanzminister in seinem Exposé besonders hervorgehoben hat, ein völlig ausgeglichenes Budget. Unser Budget ist stabil, es schließt auch heuer wieder mit einem Überschüsse, und zwar von 354 Millionen, ab. Unser Staatshaushalt ist also vollkommen gefestigt und läßt sich mit denjenigen unserer Nachbarstaaten vergleichen, die sich in besseren wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen befinden.

Ein anderer Gradmesser, den wir anlegen können, um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu beurteilen, ist unsere Währung. Es ist uns vor acht Jahren gelungen, die Währung zu stabilisieren, und wir sehen heute, daß die Schillingwährung eine der sichersten, eine der ruhigsten Währungen in Europa ist, wir sehen, daß unsere Nationalbank den Schilling in einem Maße gedeckt hat, das um ein Bedeutendes darüber hinausgeht, was das Gesetz vorsieht. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse würden daher keinen Anlaß zu Besorgnissen für die Zukunft bieten. Wenn trotzdem in den letzten Monaten Gerüchte verbreitet werden, daß unsere Wirtschaft schlecht stehe, wenn einzelne Blätter gegen unsere Wirtschaft Aufmord verüben, so kann man ein solches Vorgehen nur als ein schweres Attentat auf unsere Wirtschaft bezeichnen, das nicht genug beklagt werden kann, denn diejenigen, welche es verüben, vergessen, daß sie damit den Alp absägen, auf dem sie selbst sitzen. Mein Herr Vorsitzender hat heute von Abhebungen gesprochen, die sich in den letzten Monaten bemerkbar machen. Ja glauben Sie, meine Herren, daß unsere Bevölkerung keine Nerven besitzt? Wenn solche Artikel in den Zeitungen erscheinen, wie zum Beispiel gestern wieder in einem Abendblatt, und wenn dann einzelne Leute, die in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse weniger Einblick haben und vielleicht überhaupt nervöser

Natur sind, dann hergehen und Geld abheben, eingedenk der Zeiten der Inflation, als man Lebensmittel nur auf Karten erhielt, glauben Sie, daß man daraus auf den ganzen Zustand des Staates und des Volkes schließen kann? Das ist eine Nervosität, die zu beklagen ist, die aber einzige und allein auf das Konto derjenigen geht, die diese Nervosität durch unsinnige, verbrecherische Gerüchte veranlassen.

Gestatten Sie mir nun, hohes Haus, daß ich einige Betrachtungen über das vorliegende Budget anstelle. Ich will diese Betrachtungen nur kursorisch, nur beispielhaft machen und einige Kapitel herausheben, die mir besonders liegen oder die vielleicht besonderes Interesse erwecken.

• Erfreulich ist, daß im heutigen Budget für wirtschaftliche Zwecke eine bedeutende Erhöhung vorgesehen ist. Die Landwirtschaft zum Beispiel hat eine Erhöhung von 47 auf 52 Millionen Schilling zu verzeichnen. Es ist das ein Betrag, der an und für sich nicht besonders hoch ist. Wenn ich aber das Gesamtbudget des Landwirtschaftsministeriums betrachte, so muß immerhin gesagt werden, daß der Landwirtschaftsminister das mögliche getan hat, um für die Landwirtschaft entsprechende Mittel bereitzustellen. Freilich, die Mittel, die wir der Landwirtschaft zuwenden, kommen nicht der Landwirtschaft allein zugute, sie wirken sich immer wieder auf die übrigen Wirtschaftszweige aus, auf Handel, Gewerbe, ja auch auf die Festbesoldeten, kurz auf alle Stände und Berufskreise unseres Staates. (Zustimmung.) Es ist, wenn der Vergleich erlaubt ist, so, daß die Kredite, die der Landwirtschaft gegeben werden, in die Wasserleitung hineingespeist werden und die Wasserleitung unten, wo sie sich verzweigt, ihr Wasser den verschiedenen Durstigen spendet, die nach Wasser lechzen. So sind auch die Kredite der Landwirtschaft dazu da, nicht nur die Landwirtschaft zu befriedigen, sondern sie befriedigen in Wirklichkeit die ganze Volkswirtschaft.

Die Landwirtschaft hat nicht nur bei uns, sondern im allgemeinen deshalb große Bedeutung, weil sie eigentlich die Ernährerin des Volkes ist. Bei uns in Österreich hat aber die Landwirtschaft noch eine besondere Bedeutung, die darin besteht, daß sie die Ernährerin unserer Bevölkerung ist. Betrachten wir unsere großen Städte, zum Beispiel Wien, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß diese großen Städte aussterben würden, wenn nicht von außen her immer wieder gesunder Zuzug käme. Das ist das Verdienst gerade unserer Landwirtschaft, unseres gesunden, starken Bauernstandes, daß er seine überschüssigen Kräfte immer wieder der Stadt zuschickt und damit die Lücken auffüllt, die in der Stadt durch ein System entstehen, das jeder Nation und jedem gesunden Sinn eines Volkes Hohn spricht.

Wir haben infolgedessen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, die die Landwirtschaft für den Staat

besitzt, auch gewisse Wünsche, und ich möchte es nicht unterlassen, diese Wünsche vorzubringen. So zum Beispiel müssen wir dringend wünschen, daß die einheimische Produktion geschützt werde. Unser Bauer in Österreich arbeitet nicht unter den gleichen Verhältnissen wie zum Beispiel der Bauer im angrenzenden Süßslawien oder Ungarn. Der Bauer bei uns ist nicht in der Lage, so billig und so viel zu erzeugen. Er verfügt meistens nicht über die ausgezeichneten Kulturgründe wie unsere Nachbarländer. Es ist daher unbedingt notwendig, daß unsere Landwirtschaft einen entsprechenden Schutz genießt, soll sie nicht zugrunde gehen, soll es ihr möglich sein, ihre Aufgaben im Staate zu erfüllen. Unsere Landwirtschaft kämpft einen schweren Existenzkampf. Sie kämpft, wie ich bereits angedeutet habe, mit der ausländischen Konkurrenz. Unsere Landwirtschaft ist gezwungen, sich umzustellen, und bei dieser Umstellung ist es unbedingt notwendig, daß ihr die Regierung hilft. Die Regierung muß den Weg, den sie beschritten hat, konsequent weitergehen, sie muß der Landwirtschaft helfen, sich umzustellen, damit sie den Konkurrenzkampf mit unseren Nachbarstaaten aushalten kann. Und das ist nur dadurch möglich, daß man der Landwirtschaft entsprechende Hilfe in der Ausgestaltung des Betriebes, im Förderungswesen angedeihen läßt.

Eine für die Landwirtschaft in Österreich in den letzten Jahren immer wichtiger werdende Erscheinung ist die, daß wir in gewissen Teilen unseres Landes eine sogenannte Entfiedelung konstatieren müssen. Infolge der Schwierigkeit der Verhältnisse, unter der unsere Landwirtschaft und besonders die Gebirgsbauern zu leiden haben, geschieht es, daß die hochgelegenen Bauern allmählich ihre Siedlungen verlassen, in die Ebene und hauptsächlich in die Städte heruntersteigen und sich dort neuen Verdienst suchen. Was ist die Folge dieser Entfiedelung? Flächen, die für die Kultur geeignet wären, Grundstücke, auf denen neue Geschlechter heranwachsen könnten, werden verlassen, und die Heranbildung solcher Geschlechter, die mit der Überfultur unserer Zeit nicht in Verbindung kommen, die sich gesund und stark erhalten, wird dadurch unmöglich. Die starken jungen Leute aber, die aus den Bergen heruntersteigen und in die Stadt gehen, sind nichts anderes als eine neue Konkurrenz für diejenigen, die bereits in der Stadt arbeiten. Es ist begreiflich, daß jeder Unternehmer, wenn er die Auswahl zwischen Arbeitern hat, diejenigen, die leistungsfähiger sind, lieber in seinem Betrieb sieht als andere, die weniger leistungsfähig sind, und so sehen wir, daß unsere ländlichen Arbeiter und unsere Bauern, wenn sie den bäuerlichen Betrieb aufgeben und in die Stadt hineingehen, Arbeit in Hülle und Fülle finden, freilich auf Kosten der bodenständigen Arbeiter in der Stadt; die werden dadurch verdrängt. Deshalb hat nicht nur

die Landwirtschaft selbst, sondern das ganze Volk und gerade auch die Arbeiterschaft ein außerordentlich großes Interesse daran, diese schwer zu bewirtschaftenden Höhenfiedelungen zu erhalten und die Bauern, die so anspruchslos auf ihren Bergfiedelungen leben, zu unterstützen, damit sie ihre Höfe, die vielfach schon seit Jahrhunderten von ihren Vorfahren bewirtschaftet worden sind, nicht verlassen müssen, sondern weiter aushalten können. (Zustimmung.)

Wie kann man nun diesen Gebirgsbauern helfen? Man muß ihnen ihre Existenz erleichtern. Es würde heute zu weit führen, wenn ich ausführen wollte, in welcher Weise man ihnen eine Erleichterung ihrer Existenz gewähren kann. Es kann das geschehen durch Schaffung von Wegen, durch Aufzüge, wie sie in der letzten Zeit gemacht wurden, es kann das im allgemeinen überhaupt dadurch geschehen, daß man sie besser an den Verkehr anschließt. Heute ist es dem Landwirt in den entlegenen Tälern vielfach schwer möglich, seine Produkte zu entsprechenden Preisen anzubringen. Man muß ihm die Möglichkeit geben, für seine Produkte ein entsprechendes Entgelt zu finden. Ich möchte, weil ich gerade von der Landwirtschaft spreche, insbesondere auf die Aktionen hinweisen, die von Seiten des Landwirtschaftsministeriums in den letzten Jahren eingeleitet, beziehungsweise in erhöhtem Maße weitergeführt worden sind, um gerade diejenigen Teile der Bauernschaft, welche mit schweren wirtschaftlichen Existenzbedingungen zu kämpfen haben, zu unterstützen. Es sind das die Kredite für die Anlegung von Wasserleitungen, für die Verbauung von Wildbächen und insbesondere auch die Kredite für Meliorationen, die nicht nur den Gebirgsbauern, sondern besonders auch den Flachlandbauern zugute kommen. Das ist ein Kapitel, wo noch in intensiverer Weise weitergearbeitet werden muß, denn wieviel Werte werden jährlich, durch unsere Wildbäche zerstört, wieviel Werte besitzen wir heute noch, die deshalb unausgenutzt sind, weil man noch nicht begonnen hat, große Höhenlächen, große Sumpfplätze entsprechend zu kultivieren und damit neue Faktoren zu schaffen, welche unser Volk, unser Land ernähren können.

Wenn wir die heutigen Geldverhältnisse betrachten, die Geldverhältnisse auch beim Bauer, so sehen wir, daß unser Bauer schwer unter der Verschuldung leidet. Sie haben, meine sehr geehrten, vielfach keine Ahnung, wie schnell die Verschuldung in einzelnen Teilen unseres Landes seit dem Jahre 1923 oder 1924 fortgeschritten ist. Mir sind einzelne Teile bekannt, wo die Verschuldung hente schon dieselbe Höhe erreicht hat wie in der Vorwriegszeit, ja wo in manchen Fällen noch der Schuldenstand der Vorwriegszeit überschritten ist. Die Verschuldung unseres Bauernstandes gibt zu sehr ernsten Bedenken Anlaß. Wenn diese Verschuldung weiter so forschreitet wie bisher — wo und wann wird sie enden, was wird

aus unserem Bauernstand werden? Es ist dringend notwendig, daß man Mittel und Wege findet, damit dieser drohenden Verschuldung und damit der — wenn ich so sagen kann — Ausrottung unseres Bauernstandes ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden kann.

Auch Handel und Gewerbe sind bei uns in Österreich nicht auf Rosen gebettet. Handel und Gewerbe leiden unter dem großen Steuerdruck. Es ist früher schon von meinem Herrn Vorredner erwähnt worden, daß sich die Einnahmen seit dem Jahre 1923 verdoppelt haben, und diese Verdopplung der Einnahmen natürlich darauf zurückzuführen ist, daß eben aus der Wirtschaft größere Beträge herausgenommen werden. Freilich müssen wir auch bedenken, daß die Tatsache, daß gegenwärtig größere Einnahmen als früher hereinfließen, wohl vielfach darauf zurückzuführen ist, daß sich eben unsere Wirtschaft seit dem Jahre 1923 konsolidiert hat, daß unsere Wirtschaft leistungsfähig geworden ist. Anderseits aber müssen wir auch wieder bedenken, daß unsere Ausgaben, unsere Anforderungen bedeutend gestiegen sind, und wenn schon unsere Anforderungen steigen, wenn unser Bedarf immer wieder größer wird, so müssen wir auch neue Quellen suchen, aus denen wir schöpfen können, um unsere Forderungen, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen.

Ich möchte nur auf verschiedene Aufgaben hinweisen, die der Regierung, die dem Staat erst in den letzten vier, fünf Jahren nach der Konsolidierung seiner Wirtschaft erwachsen sind, die im Jahre 1923 noch nicht da waren und die naturgemäß erhöhte Ausgaben, erhöhte Anforderungen an den Staatsfädel zur Folge haben. Es ist das der Wiederaufbau unserer öffentlichen Wirtschaft, wodurch immer größere Investitionen notwendig werden. Die Investitionstätigkeit hat erst nach dem Jahre 1923 eingesetzt, und wir müssen bedenken, daß die Gelder, die für Investitionen verwendet werden, keine hinausgeworfenen Gelder sind, sondern sich reichlich verzinsen. Es ist richtig, der Steuerdruck bei uns ist bedeutend erhöht. Aber es würde uns schon sehr geholfen sein, wenn wir vor allem einmal eine Vereinfachung unseres Steuerwesens bekämen, dann könnten wir auch an einen wirksamen Abbau unserer Steuern denken. Ich möchte wünschen, daß uns die Gemeinde Wien, deren finanzielle Verhältnisse ja nicht besonders ungünstig sind, bei dieser Steuervereinfachung und insbesondere auch bei dieser Herabsetzung der Steuern so bald als möglich in wirksamer Weise vorangeht.

Ich habe einige Kapitel aus den wirtschaftlichen Partien unseres Voranschlagess herausgenommen. Gestatten Sie mir nun, hohes Haus, daß ich auch einige Betrachtungen über die soziale Seite unseres Budgets anstelle. Da möchte ich nun bei einem Kapitel einsetzen, das in unserem gegenwärtigen

Budget eine sehr große Rolle spielt. Das ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge. Der Herr Finanzminister hat in seinem Exposé die Hoffnung ausgedrückt, daß sich die Zahl der Arbeitslosen mit Rücksicht auf die Erfahrungen des letzten Jahres im kommenden Jahre senken werde. Er glaubt, daß die Zahl der Arbeitslosen von ungefähr 99.000 auf 95.000 zurückgehen wird. Trotzdem ist eine Erhöhung der Kosten der Arbeitslosenversicherung im Ausmaße von 3,5 Millionen notwendig geworden, so daß sich die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung als solche auf 103,5 Millionen belaufen. Das ist eine sehr große Summe. Wenn mein Herr Vorredner betonte, daß gerade die landwirtschaftlichen Vertreter an der Arbeitslosenfürsorge häufig und gerne kritisieren, so möchte ich sagen, daß es wirklich nicht zu verwundern wäre, wenn die Bauern an der Arbeitslosenfürsorge Kritik üben, wenn sie zum Beispiel sehen, daß das Budget des Landwirtschaftsministeriums genau die Hälfte dessen beträgt, was an Unterstützungen für die Arbeitslosen notwendig ist. (Ruf: Hört! Hört!)

Die Bauern haben sicherlich keinen Haß gegen die Arbeitslosen. Nein, sie bedauern die Arbeitslosen, einerseits deshalb, weil sie sich in einer so schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, sie bedauern sie aber auch deshalb, weil sie auf die Mildtätigkeit des Staates und nicht auf ihre eigenen Arbeitskräfte angewiesen sind. Der Bauer ist stolz darauf, daß er arbeiten kann, und infolgedessen empfindet er ein gewisses Mitleid mit denjenigen, die keine Arbeit finden können. Der Bauer und damit unsere Landwirtschaft verlangen aber, daß die Mittel der Arbeitslosenfürsorge entsprechend angewendet werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in einer Ausgabenpost von 103,5 Millionen für die Arbeitslosenversicherung sich eine Post von 10,4 Millionen lediglich für die Verwaltungskosten findet. Meines Erachtens ist diese Post im Verhältnis zur Gesamtausgabe sehr hoch bemessen. Der Bauer versteht, daß es notwendig ist, Leute zu unterstützen, die mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse keine Arbeit finden können. Aber unsere Landwirtschaft und wohl auch unsere ganzen wirtschaftlichen Kreise wünschen, daß diese Mittel so produktiv als möglich verwendet werden. Ich möchte infolgedessen den besonderen Wunsch unserer Wirtschaft und namentlich unserer Landwirtschaft aussprechen, daß Mittel und Wege gefunden werden, daß wir früher oder später aus diesem System der Unterstützung, aus diesem System der Mildtätigkeit endlich einmal herauskommen und daß wir ein System finden, das die Möglichkeit gibt, die Mittel in produktiver Weise für die Arbeitslosen anzuwenden. (Zustimmung.) Es muß ein System gefunden werden, bei dem die Leute, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, nicht darauf angewiesen sind, vom Staat eine Unter-

stützung zu bekommen, sondern an Stelle der Unterstützung Arbeit erhalten, von der sie leben können. (Beifall und Händeklatschen.)

Eine neue Post in unserem Budget ist die Post für die Wohnbauförderung im Ausmaße von 10,2 Millionen. Diese Post findet ihre Deckung in der Zinsgrößensteuer. Sie ist zurückzuführen auf das Wohnbauförderungsgesetz und dürfte vielleicht in den nächsten Jahren noch ansteigen, ohne eine unmittelbare Belastung im Staate hervorzurufen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Wunsch zum Ausdruck bringen, die Wohnbauförderung in einer Weise durchzuführen, daß dem übermäßigen Zentralismus ein Riegel vorgeschoben wird. Nicht, daß wir vielleicht ein Misstrauen gegen die Zentralstelle hätten, welche diese Agenden besorgt, sondern wir wünschen dies aus reinen Zweckmäßigkeitssgründen, weil die Zentralstelle vielleicht nicht in der Lage ist, die Verhältnisse draußen mit der entsprechenden Gründlichkeit und Schnelligkeit, wie es notwendig ist, beurteilen und überblicken zu können.

Erfreulicherweise weist das Kapitel „Volksgesundheit“, heuer eine Erhöhung von fast 3 Millionen Schilling auf. Diese Post von 3 Millionen soll nach dem Voranschlag fast zur Gänze der Ausgestaltung unseres Krankenanstaltenwesens zugewendet werden. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Regierung ihr besonderes Augenmerk unserem Krankenanstaltenwesen zuwendet, und zwar deshalb, weil die Ereignisse des Krieges und die Verhältnisse der Nachkriegszeit es dem Staat bisher verwehrten, gerade auf diesem Gebiete mit entsprechend großen Schritten vorwärts zu schreiten. Es handelt sich hier um ein wichtiges Kapitel, die Mittel, die dafür aufgewendet werden, kommen unserer leidenden Menschheit zugute. Diese Mittel sind nicht hinausgeworfen, sie verzinsen sich wieder dadurch besser, daß viele Kräfte der Arbeit erhalten oder ihr wiedergegeben werden.

Und nun, meine sehr verehrten Herren, gestatten Sie mir noch, daß ich eine kurze Betrachtung über die Budgetpost anschließe, welche den Staat als Dienstgeber, als den Ernährer einer großen Kaste, der öffentlichen Angestelltenkaste, betrifft. Die Personalaufwendungen betragen heuer 775,6 Millionen, sie haben sich um den Betrag von zirka 46 bis 47 Millionen vermehrt, der einerseits zur Aufbesserung der Bezüge der Beamten verwendet, andererseits durch die Vermehrung von Beamten und durch die Vorrückung erforderlich wird. Es handelt sich also an und für sich um eine große, eine sehr große Summe, die heuer der allgemeinen Volkswirtschaft für diejenigen auferlegt wird, welche die Agenden, die Geschäfte im Staat besorgen. Und doch werden viele unzufrieden sein und doch wird unsere Beamtenkaste im großen und ganzen auch mit diesem Betrage nicht zufrieden sein, weil große Teile unserer Beamtenkaste tatsächlich heute noch unter schwierigen wirtschaftlichen

Verhältnissen leben. Wenn wir die Lösung der Beamtenfrage suchen wollen, so wäre der einzige richtige Weg der: Wenige Beamte, tüchtige Beamte, aber gut bezahlte Beamte. Sie werden sagen, das ist ein Wort, das leicht und schnell ausgesprochen ist, aber viel, viel schwerer in die Tat umgesetzt werden kann. Die Verhältnisse in unserem Staate und das Zustandekommen unseres Staates bedingten es oder bedingen es, daß wir heute über einen verhältnismäßig großen Beamtenstand verfügen.

Aber wenn wir ein Mittel finden wollen, um endlich einmal des Übels dieser großen Ausgabenposten Herr zu werden, so müssen wir uns sagen, daß es nur ein solches Mittel gibt, und das ist ein Mittel, das nicht nur die in der Wirtschaft tätigen Kreise der Bevölkerung, sondern auch die Beamten selbst anwenden müssen, nämlich das Mittel einer entsprechenden Reform und Reorganisation der Verwaltung. (Sehr richtig!) Ohne Reorganisation und Reform der Verwaltung wird es nie möglich sein, die Wünsche der Beamten entsprechend zu erfüllen. Solange wir nicht eine entsprechende Reform der Verwaltung bekommen, die insbesondere das Messer dort ansetzt, wo die Bielarbeit, wo die Bielämterei sitzt, werden wir auch auf dem Gebiete des Beamtenstums nie und nimmer Ruhe bekommen.

Daz bis zu dem Zeitpunkte, wo wir endlich durch eine gründliche, zweckentsprechende Verwaltungsreform auch auf diesem Gebiete den Wiederaufbau des Staates vollendet haben, gewisse Notstandsmassnahmen unbedingt notwendig sind, wird natürlich jeder begreifen. Jeder normale wirtschaftliche Betrieb wird von dem sogenannten Leistungsprinzip ausgehen und auch der Staat wird unter normalen Voraussetzungen die Entlohnung seiner Beamten nach dem Leistungsprinzip vornehmen. Aber das Leistungsprinzip kann eben nur dann angewendet werden, wenn die Wirtschaft sich in normalen Verhältnissen befindet. Unser Staat ist immer noch im Aufbau und in der Konsolidierung begriffen und wir dürfen nicht vergessen, daß infolgedessen in unserem Staat bis zu jenem Zeitpunkte immerhin auch noch das Alimentationsprinzip Berücksichtigung finden muß. Wir werden trachten müssen, gerade die große Anzahl der kleinen Angestellten so zu stellen, finanziell so einzurichten, daß sie in der Lage sind, zu leben, in der Lage sind, eine Familie zu gründen, und in der Lage sind, auch eine Familie menschenwürdig zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun möchte ich, hohes Haus, zum Schlusse ein kurzes Urteil über das vorgelegte Budget abgeben. Das vorgelegte Budget scheint mir heuer ebenso wie auch in den letzten Jahren äußerst vorsichtig präliminiert. Es bietet Gewähr dafür, daß der Staatshaushalt stabilisiert bleibt; es bietet Gewähr dafür, daß unsere Wirtschaft vor ungesunden Einfüssen der Zukunft bewahrt werden kann. Wir drücken der gegenwärtigen

Regierung, aber auch den beiden früheren Regierungen, für ihre Umsicht und für ihre Vorsicht, die sie bei der Erstellung des Präliminaires walten ließen, unseren Dank aus. Der Herr Finanzminister hat in seinem Exposé den Appell an die Volksvertretung gerichtet, sie möge das Finanzgesetz schnell und rechtzeitig der Erledigung zuführen. Ich möchte diesen Appell als Mahnung an unsere Opposition richten. Die Budgetverhandlungen bieten nicht Gelegenheit, alles mögliche, was mit dem Budget nicht im Zusammenhang steht, auf die Tagesordnung zu bringen, sondern die Budgetverhandlung ist dazu da, die einzelnen Posten der Ausgaben und Einnahmen nach bestem Wissen und Gewissen zu überprüfen und auch zu kritisieren, aber alles wegzulassen, was mit dem nichts zu tun hat, insbesondere alles wegzulassen, was bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken könnte, daß das Parlament die Zeit für andere als für zweckdienliche Arbeit verwenden würde. Der Herr Vorredner hat den Appell gerichtet an das Haus, den Appell an das ganze Volk „nach Ruhe“. Wir sind die letzten die sich vielleicht diesem Appell verschließen würden. Freudig und gerne schließen wir uns diesem Appell an. Über dieser Appell nach Ruhe gilt für alle, gilt auch für Sie selber. (Sehr richtig!)

Diesen Appell nach Ruhe, den hören wir von Ihnen heuer das erstmal, bisher haben wir diesen Appell nach Ruhe noch nie gehört. (Zustimmung.) Bisher, wo es galt, Terror auf den Straßen auszuüben, Terror im Hause auszuüben, wenn es die Mehrheitsparteien wagten, irgendein Gesetz zu beschließen, das Ihnen nicht behagte, bisher hörten wir alle diesen Appell nach Ruhe nicht, im Gegen teil, bis dahin waren gerade Sie immer diejenigen, die nicht nur im Hause selber, sondern auch außerhalb alles taten, um die Ruhe zu stören (So ist es!) Ich möchte hier nur ein Beispiel geben. Gestern hat in Stockerau das erstmal eine bürgerliche, öffentliche Versammlung stattgefunden; seit dem Umsturz war es bis gestern nie möglich, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, weil immer von der Straße aus ein Terror gegen die bürgerlichen Parteien geübt wurde, so daß man von einer öffentlichen Versammlung Abstand nehmen mußte. Wir nehmen den Appell nach Ruhe auf, aber Sie müssen es begreifen, daß eine zehnjährige Tätigkeit der Unruhe mit der Zeit eine Reaktion auslöst (So ist es!), eine Reaktion, die sich vielfach nicht mehr vermeiden läßt. Und wenn Sie sich heute beklagen, daß dem Staat die Ruhe fehlt, wenn Sie sich beklagen, daß der Staat heute die für seine Wirtschaft so notwendige Ruhe nicht besitzt, daß die Wirtschaft beeinträchtigt wird, so müssen Sie selber Ihr Gewissen erforchen, so müssen Sie sich selbst bei der Nase nehmen und müssen sich fragen: Wer waren diejenigen, die bis heute die Ruhe nie beobachtet haben, die

die Ruhe nicht beobachtet haben im Parlament und die die Ruhe nicht beobachtet haben außerhalb des Parlaments. (Lebhafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)

**Dr. Hampel:** Der Herr Abg. Dr. Ellenbogen hat heute von dieser Stelle aus eine Rede gehalten, aus der ich mir einige besonders markante Sätze wörtlich aufgeschrieben habe. Die Rede war sehr interessant. Und wie schon mein geehrter unmittelbarer Vorgänger gerade jetzt gesagt hat, hat sie den Inhalt nach Dinge vorgebracht, die wir von den Führern der Sozialdemokratie die ganzen zehn Jahre hier an dieser Stelle und auch draußen wohl nie gehört haben. Dr. Ellenbogen sagte: Suchen wir die Wirtschaft doch vor äußeren Eingriffen zu schützen. Meine sehr Verehrten, es hat in diesem Staate einen 15. Juli gegeben, und die bürgerliche Regierung und die Mehrheitsparteien haben damals den österreichischen Staat vor äußeren Eingriffen geschützt. (Sehr richtig!) Wenn Sie aber jetzt in den letzten Monaten die Presse des In- und Auslandes verfolgen — wenn auch der Herr Dr. Bauer vorgestern in einer Versammlung erklärt hat, er und seine Partei hätten sich die Anfragen in England nicht bestellt —, so muß man doch sagen, daß der Herr Dr. Ellenbogen diese seine Aufforderung zunächst an die eigenen Parteigenossen hätte richten müssen. Wer war es denn, der bereits zu Pfingsten des heurigen Jahres von Bayern aus den Herrn Hörsing und die hunderttausend Kämpfer aus Deutschland für Österreich in Aussicht gestellt hat? Wer war es denn, der den Artikel des Berliner „Vorwärts“ im August dieses Jahres beeinflußt hat, der ganz offen an das Ausland die Aufforderung richtete, sich etwas mehr um die österreichischen Dinge zu kümmern und Formationen aufzulösen, die mit dem Staatsvertrage von Saint-Germain nicht in Einklang zu bringen sind? Ich höre noch immer das Wort „Landesverrat“, das uns, den Vertretern der Regierungsparteien, vom Jahre 1922 angefangen immer wieder von den sozialdemokratischen Bänken entgegengebracht worden ist, als wir darangingen, unter Seipel und Frank die Sanierungsperiode Österreichs einzuleiten und sie trotz der Unkenrufe der Sozialdemokratie in Österreich auch, Gott sei Dank, zu einem guten Ende zu führen. Denn wenn wir diese Wählung Österreichs auch jetzt wieder, in den letzten Wochen und Monaten, vor fremden Angriffen schützen konnten, die aus dunklen Kanälen Österreichs in das Ausland gehen, so ist das doch immerhin das Verdienst der bürgerlichen Mehrheit und dieser Regierungen, die in den letzten Jahren die Mehrheit gebildet hat. Und jetzt sehen wir plötzlich wieder einen solchen Einfluß von außen auch in England. Wenn nun der Herr Dr. Bauer meint, er habe sich das nicht bestellt — ja bürgerliche Parteien und

bürgerliche Politiker werden die Anfragen der Sozialdemokratie im englischen Unterhaus bestimmt nicht bestellt haben! Wenn Sie die Erklärungen des früheren belgischen Ministers Vandervelde lesen und wenn sie dann insbesondere ins Augenmerk fassen, was er über die Notwendigkeit geschrieben hat, daß nicht nur die Inland-, sondern auch die Auslandspresse immer wieder aufmerksam macht auf die innerpolitischen Ereignisse Österreichs, der insbesondere sagt, daß die Sozialdemokratie in Österreich auf diesen Kampf, der da kommen wird, schon lange vorbereitet ist — nun, ich meine, da darf sich der Herr Dr. Ellenbogen nicht wundern, daß in diesem Österreich bei den Banken und Sparkassen fortgesetzte Abhebungen vorgenommen werden, dann darf er sich nicht wundern, daß nicht nur die österreichische Bevölkerung nervös geworden ist, sondern daß natürlich insbesondere auch unsere ausländischen Kreditgeber, die das immer wieder in Ihrer Presse lesen, schließlich und endlich trachten, das Geld, das sie in Österreich veranlagt haben, so rasch als möglich wieder zurückzubekommen.

Also nicht der Heimatschutz ist daran schuld, der jetzt für alles herhalten muß, sogar für die Unruhen an der Universität. Nun, Herr Dr. Ellenbogen ist ja selbst Akademiker. (Dr. Ellenbogen: Es waren Leute mit dem Heimwehrzeichen, mit dem Hahnen Schwanz dabei!) Das gebe ich alles zu, aber wir wissen doch aus unserer Zeit, daß Studentenkrawalle immer und an allen Universitäten gewesen sind, wir selbst waren ja auch dabei und haben diese Krawalle mitgemacht, zu einer Zeit, als es noch keinen Heimatschutz, keine Heimwehren gegeben hat. Das sind eben — sogar ein Herr von den Sozialdemokraten hat es vor Jahren einmal hier gesagt — die gewissen Explosionen jugendlicher Gemüter. Ich will auch nicht anstehen, zu sagen, daß da gewisse Rassenverschiedenheiten vielleicht mitgespielen, aber die sind nun einmal immer gewesen, und es hat sich schließlich keine Wirtschaft eines Landes, keine Polizei und keine Regierung gar so intensiv um Unruhen an einer Universität bemüht — die wir ja bestimmt nicht billigen. Uns wäre es auch lieber, es würde dort jede Vorlesung ungestört vor sich gehen. Aber die Dinge so hinzustellen, daß nunmehr der Heimatschutz sein Tätigkeitsfeld auf die Universität verlegt habe und dort Versammlungssprengungen durchführe, ist doch zu weit hergeholt.

Und weil ich gerade von Versammlungssprengungen gesprochen habe: erst vor drei Tagen hatte ich Gelegenheit, persönlich einer solchen Versammlungssprengung durch die Sozialdemokratie beizuwohnen. Ich war anlässlich des Gemeindewahlkampfes in Niederösterreich mit dem christlichsozialen Landesrat Dr. Beirer in Neunkirchen für eine Wählerversammlung angesagt, wir beide sollten dort sprechen. Als wir hinkamen, war zu unserer

Verwunderung der Saal bereits zwei Stunden vorher durch Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt. Die Versammlung ist auch tatsächlich von den Sozialdemokraten gesprengt worden. Sie dürfen nicht sagen, daß da vielleicht unbeaufsichtigte Menschen hingekommen sind, Jugendliche ohne Einverständnis Ihrer Parteileitung — oh nein, sondern diese 800 oder 1000 Menschen, die da in dem Neunkirchener Versammlungskoal waren, standen unter der Führung des Herrn Bürgermeisters von Neunkirchen, des sozialdemokratischen Bürgermeisters und seines Vizebürgermeisters, anwesend waren ferner der Gewerkschafts- und der Parteisekretär der Sozialdemokraten. (Zwischenrufe.) Wenn Sie immer darauf hinweisen, daß die Heimwehrführer so starke Worte finden, die Ihnen nicht passen — ich muß schon sagen, gelernt dürften sie diese starken Worte, wenn sie gebraucht werden, doch nur von Ihnen haben, denn die starken Worte des Herrn Dr. Bauer nach dem Linzer Parteitag sind, glaube ich, noch von keinem Heimwehrführer in diesem Staate übertroffen worden. Sie haben diese Bewegung gerufen, Sie haben diese Geister beschworen das ganze Jahrzehnt unserer Republik hindurch, und diese Geister sind Ihnen jetzt unangenehm geworden, Sie sind nervös geworden, daß Sie jetzt selbst schon das Ausland immer wieder aufrufen müssen, um in diesem kleinen Österreich bei den innerpolitischen Unruhen Ordnung zu machen. Sie werden damit die Heimatschutzbewegung nicht abtöten, meine Herren, ganz im Gegenteil. Die Heimatschutzbewegung ist heute nicht irgendein Werk von 5 oder 20 Leuten, nein, Sie haben sich doch überzeugt, daß heute die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hinter dieser Bewegung steht. (Zwischenrufe.) — Dr. Bauer: Stimmen wir ab! Ja es ist jetzt die Auflösung der Erbitterung der Massen, die seit 10 Jahren in der Bevölkerung schlummert und die nun elementar zum Ausdruck kommt. (Zwischenrufe.) — Dr. Bauer: Warum löst man das Parlament nicht auf?) Die Herren sprechen so gern von Neuwahlen. Seien Sie überzeugt, es wird schon zu diesen Neuwahlen kommen, aber wenn Sie glauben, daß das große Problem der Verfassungsreform, wie es uns jetzt vorliegt, dadurch von Ihnen verwässert werden kann, daß Sie die österreichische Bevölkerung in eine Neuwahl hetzen, wo — ich habe gerade die „Arbeiter-Zeitung“ nicht bei mir, Sie haben es ja heute im Leitartikel sehr schön gesagt —, wo man jetzt der Bevölkerung mit der Alters- und Invaliditätsversicherung, mit dem Pachtrecht, der Arbeitslosenunterstützung und mit tausend andern Dingen die Köpfe verwirren will, dann täuschen Sie sich! Das würde Ihnen natürlich passen, aber meine Herren, jetzt geht es nicht darum! Wir werden schon über diese Altersversicherung reden, seien Sie überzeugt, es kommt schon die Zeit dafür! Wir

werden auch über die andern großen Probleme reden bei Neuwahlen — ja. Aber zunächst hat die Bevölkerung Österreichs darüber zu entscheiden, ob dieses Reformwerk unserer Regierung Schober in diesem Parlament durchgeführt werden soll oder nicht, und wenn das Volk heute darüber abstimmen soll, so haben wir momentan keine Veranlassung, des langen und breiten draußen über die Altersversicherung zu reden, denn die ist ja, wie der Herr Finanzminister richtig bemerkt hat, an sehr wichtige Vorbedingungen gebunden. Aber über die Verfassungsreform haben wir zu reden, das ist das wichtigste, darüber hat das Volk jetzt, wenn Sie wollen, abzustimmen. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident **Ederlisch**: Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Hampel** (fortfahrend): Freilich, die Herren von der Sozialdemokratie wollen sich ja auch vor der Mehrheit des Volkes nicht beugen. Man hört nur immer, alle Macht in diesem Staate . . . (Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident **Ederlisch**: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe!

Dr. **Hampel** (fortfahrend): . . . geht vom Volke aus. Wenn Sie aber einmal die Mehrheit der Bevölkerung entscheiden lassen sollen, dann gibt es kein Volk, dann gibt es nur die heilige Parteipolitik, dann gibt es natürlich nur die Sozialdemokratie, die einzige und allein darüber zu entscheiden hat. Nun, meine Herren, mögen die Dinge in diesem Hause gehen, wie sie wollen — das werden Sie niemals ändern können, daß letzten Endes doch die Mehrheit des Volkes über diese Verfassungsreform tatsächlich entscheiden wird und nicht Sie, meine Herren! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Pölzer: Aber immer mit Zweidrittelmehrheit!)

Sehen Sie, ich habe mir noch andere Sätze aus der Rede des Herrn Dr. Ellenbogen herausgeschrieben, so zum Beispiel wenn er sagt (liest): „Es muß eine Belebung der Wirtschaft und vor allem des Geldmarktes erfolgen, wenn wir aus den jetzigen tristen Zuständen herausgehen sollen.“ Ich kann mich erinnern, daß der versloßene Finanzminister Dr. Kienböck wiederholt versucht hat, eine solche Belebung des Geldmarktes in Österreich durch verschiedene steuergesetzliche Maßnahmen herbeizuführen. Damals haben wir von Ihrer Seite niemals gehört, es soll eine Belebung des Geldmarktes erfolgen, sondern wir haben immer nur gehört: Der Kapitalismus findet in Kienböck seinen großen Beschützer und alles, was hier geschieht, dient nur dazu, um diesen verfluchten Kapitalismus in Österreich zu stärken und zu festigen. Es ist ganz interessant, diese Änderung der Gefinnung bei den Herren der Sozialdemokratie, die noch nicht so

lange auffcheint, seit zwei bis drei Jahren etwa, bemerken zu müssen, wie wichtig Ihnen jetzt schon die Belebung des Geldmarktes in Österreich erscheint.

Herr Dr. Ellenbogen hat dann davon gesprochen, daß das vorliegende Budget wieder eine Forderung aller nicht beinhaltet, nämlich die nach Steuerherabsetzungen, und er hat uns erzählt, wie dieses Problem praktisch im Rathaus von Wien schon gelöst ist. Es ist nun merkwürdig: Wir lesen immer von Steuerherabsetzungen des Stadtrates Breitner; wenn Sie aber dann den Erfolg ansehen, wie zum Beispiel den letzten, so werden Sie finden, daß trotz der Steuerherabsetzungen der Eingang um 19 Millionen Schilling höher ist als das letztemal. (Pölzer: *Das hat er vom Bund gelernt!*) Nein, sondern die Steuerherabsetzung wird scheinbar auf dem Papier durchgeführt, und die schikanöse Behandlung der Wiener Steuerträger wird dann derartig rigoros gehandhabt, daß der Erfolg trotz der sogenannten Steuerherabsetzung immer noch ein positiver für den Herrn Stadtrat Breitner ist. Ich glaube, unser Finanzminister kann auf solche Dinge verzichten; er wird natürlich dann, bis wir einmal die Anleihe, von der ja auch der Herr Dr. Ellenbogen gesprochen hat, wirklich in Österreich haben, diesem Problem nähertreten und nähertreten müssen, und ich danke dem Herrn Finanzminister ganz besonders dafür, daß er die Notwendigkeit einer Steuerherabsetzung in seinem Exposé so ganz eindeutig festgelegt hat, und ich möchte mich strikte an seine Worte halten, wenn er sagte, daß die Steueransätze im vorliegenden Budget das Äußerste dessen darstellen, was bei dem heutigen Stande der Steuergesetzgebung und der herrschenden Wirtschaftslage mit Grund noch erwartet werden kann. (*Sehr richtig!*) Wir danken dem Herrn Finanzminister dafür, daß er ein sieht, daß tatsächlich die Steuerschraube in Österreich nicht weiter angezogen werden kann, aber nicht nur im Bunde, sondern auch in der Gemeinde Wien, in den Ländern und den anderen Gemeinden.

Und wenn nun von den Herren Vorrednern, sowohl von dem Oppositionsredner als auch von dem Redner der christlichsozialen Partei, darauf hingewiesen wurde, daß das Budget doch schöne Ansätze für eine Besserstellung der Landwirtschaft enthält — ich kann mich diesen beiden Ausführungen nur anschließen, auch wir begrüßen es, daß im Rahmen des möglichen für die Landwirtschaft gegeben wird, damit wir nicht eine Katastrophe unserer produzierenden Landwirtschaft erleben müssen —, so möchte ich nun den Herrn Finanzminister eines bitten: Er hat ja auch ziemlich deutlich erklärt, daß andere wichtige Erfordernisse, wie er in seinem Exposé sagt, vorläufig zurückgestellt werden müssen. Eines dieser Erfordernisse kennt er ja ebenso wie wir alle — es ist die Fürsorge neben der Landwirtschaft für einen ebenso wichtigen Stand in

diesem Staate, für Handel und Gewerbe. Der Herr Finanzminister dürfte ja aus der Presse bereits darüber informiert sein, daß ihm auf Grund einer Aktion der Mehrheitsparteien in den letzten Wochen sehr bald ein konkreter Vorschlag wird überreicht werden, wie man insbesondere in einer der wichtigsten Fragen des Handels- und Gewerbestandes, nämlich im gewerblichen Kredit, eine Unterstützung der Regierung erwarten kann. Es ist so ungabbar traurig, daß man in den großen und kleinen Städten zu sehen muß, wie langsam ein kleiner Gewerbetreibender nach dem anderen verschwindet, wie diese Menschen zu einem ungeheuren großen Prozentsatz immer mehr der Proletarisierung zugeführt werden, und dies vielleicht in erster Linie aus dem Grunde, weil sie neben der drückenden Steuerbelastung auch noch die Unmöglichkeit sehen, einen halbwegs billigen Kredit für ihre Geschäfte aufzunehmen. Der Fall der Boden-Credit-Anstalt ist ja wieder eine Station auf dem Leidenswege der österreichischen Wirtschaft. Wir haben, leider Gottes, keine Mittelbanken mehr, wir haben nur mehr die wenigen Großbanken, die für die Zwecke gewerblicher und landwirtschaftlicher Kredite, wenn ich auch nicht sagen will, kein Verständnis besitzen, so vielleicht gar nicht den Apparat dafür haben, die sich mit ganz anderen Dingen in der Wirtschaft beschäftigen, als irgendeinem Landwirt oder Kleingewerbetreibenden 5, 10 oder 20 Millionen Kredit zu überweisen. Wir haben mit Ausnahme der Sparkassen — und auch die sind ja, leider Gottes, nunmehr in diesen Dingen gehandicapt — keine Finanzinstitute mehr, die sich mit der Frage des gewerblichen Kredites beschäftigen würden, und mehr als je scheint mir wieder eine furchtbare Begebenheit aus dem Jahre 1926 auf, wo wir durch Monate hindurch hier das Affentheater eines Untersuchungsausschusses in der Centralbankaffäre aufgeführt haben, letzten Endes nur zu dem Zwecke, um auch den letzten Rest der mittelständischen Banken in diesem Österreich zugrunde zu richten. (Grailer: *Die Wirtschaft zu beunruhigen!* — *Zwischenrufe.*) Heute sind wir läßlich so weit, daß der Gewerbetreibende keinen Weg mehr weiß, um diese so notwendigen Investitions- und Betriebskredite zu erhalten. Ich möchte deshalb den Herrn Finanzminister bitten — es ist das ja kein neues Problem, die Mehrheitsparteien haben ja schon unter der Kanzlerschaft Dr. Seipels, später beim Bundeskanzler Streicher und auch neuerlich wieder beim Bundeskanzler Schober immer wieder dringend darum gebeten —, daß endlich einmal mit einem verhältnismäßig geringen Betrag die Aufrichtung des gewerblichen Kreditwesens in Österreich gesichert werde. Denn sehen Sie, zu den Steuerlasten, über die ja heute bereits auch von anderer Seite gesprochen wurde, tritt ja natürlich das Problem der sozialen Belastung immer schärfer gerade für diesen

Stand hinzu. Wir sind keine Gegner einer vernünftigen sozialen Gesetzgebung, ganz im Gegenteil, wir wissen schon, daß dieser Staat soziale Fürsorge treiben muß und treiben soll, soweit es nur mit den Erträgissen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen ist. Aber sehen Sie, ich habe dieser Tage einen Mann bei mir gehabt, einen geschäftsführenden Verwaltungsrat einer der größten österreichischen Baumwollwarengesellschaften. Der Mann, der seine Firma vertritt, hat nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn und in der Tschechoslowakei Fabriken, und der hat mir erzählt und hat mir das auch an der Hand seiner Geschäftsbücher nachgewiesen, daß er wohl in der Lage ist, aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei ganz bedeutende Exporte nach Amerika, nach Paraguay, nach Chile und ähnlichen Staaten zu treiben, nur nicht aus der österreichischen Fabrik. Er erzählt, während er in Ungarn und in der Tschechoslowakei fortgesetzt in der Lage ist, Arbeitereinstellungen vorzunehmen, muß er in Österreich durch alle möglichen künstlichen Mittel bestrebt sein, den derzeitigen Arbeiterstand zu erhalten, und er sagt ganz offen: es ist nur die übermäßige steuerliche Belastung und es ist vor allem das Übermaß der sozialen Abgaben, die ihn dem Ausland gegenüber nicht konkurrenzfähig machen. Sehen Sie, da müssen wir doch im Himmels willen endlich einmal miteinander eine vernünftige Änderung treffen! Ich meine, derjenige, der zehn Jahre zurückblickt, weiß doch, daß das österreichische Parlament auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung gewiß nicht sparsam gewesen ist und daß große, mächtige Staaten in der sozialen Gesetzgebung oft nicht einmal die Hälfte dessen geschaffen haben, was wir zum Schutze der Arbeiter und Angestellten bereits parlamentarisch erledigen konnten. Wenn die Dinge so sind, dann erscheint natürlich das Problem der Arbeitslosigkeit, von dem der Herr Dr. Ellenbogen und auch der unmittelbare Herr Vorredner gesprochen hat, selbstverständlich in einem ganz anderen Lichte. Denn das Problem der Arbeitslosigkeit ist ja nur ein Teil der Fragen unserer sozialen Gesetzgebung, und wenn der Herr Finanzminister in seinem Exposé meint, daß eine Reform in der Arbeitslosenfrage notwendig ist, so gehe ich noch einen Schritt weiter und sage: Ja, es ist bei uns in Österreich eine Reform in der ganzen sozialen Gesetzgebung notwendig. Denn, meine sehr geehrten, wir sind eines: zu viel Fürsorgestaat und zu wenig Arbeitsstaat, und wir werden da eine Korrektur in diesem Sinne vornehmen müssen, nicht der Unternehmer wegen, sondern, meine sehr geehrten Frauen und Herren, in erster Linie der Arbeiterschaft wegen. Denn der Arbeiter, der hente aus dem Betrieb weichen muß, der auf die Strafe fliegt, weil der Unternehmer nicht mehr imstande ist, seine Produktion aufrecht-

zu erhalten, weil ihn die Lasten erdrücken, ein solcher Arbeiter hat doch einen blauen Teufel davon, wenn er auf der andern Seite auf die sogenannten Segnungen einer sozialen Fürsorge hinweisen kann. Brot, Arbeit, Verdienst, die Sicherung der Existenz — das ist es, was in erster Linie den Arbeiter interessieren muß. Hat er das einmal gesichert, dann ist es selbstverständlich, daß aus den Überschüssen der Wirtschaft auch für ihn die notwendige soziale Fürsorge in die Wege geleitet wird. Sehen Sie, die Frage wird uns beschäftigen müssen, sie wird uns deshalb beschäftigen müssen, weil wir ein Interesse haben, unserer Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, in diesem Österreich eine Existenz, ein Recht auf Arbeit zu haben. Aber wenn man von einem Recht auf Arbeit spricht, so dürfen Sie sich nicht aufzuhalten, wenn ich sage: dann gibt es auch eine Pflicht zur Arbeit. Wir werden über das Problem der Arbeitspflicht, wie sie sich in den Rahmen einer großen produktiven Arbeitslosenfürsorge vielleicht sehr leicht einpassen läßt, einmal reden müssen, wenn auch vielleicht das System eines Kollektivvertrages nicht mehr die Grundlage einer solchen Reform bilden wird. Wir weichen dieser Reform der Sozialgesetzgebung nicht aus, wir dürfen ihr nicht ausweichen, wenn wir das wirkliche Wohl der Arbeiterschaft in erster Linie im Auge haben.

Und nun gestatten Sie mir, noch ein Wort darüber zu sprechen, was der Gewerbestand von der Beseitigung dieser und einiger steuerlicher Abgaben noch auf einem anderen Gebiete erwartet. Ich habe schon seinerzeit, als noch Herr Dr. Kienböck Finanzminister war, darauf hingewiesen, daß ein Faktor den Rücken der österreichischen Handels- und Gewerbetreibenden herbeiführt: das sind die Konsumvereine. Nicht die Konsumvereine an sich, sondern die ungleichmäßige Behandlung, die die Konsumvereine neben den Gewerbetreibenden in Österreich finden. Ich habe mir erlaubt, an den Herrn Finanzminister Dr. Kienböck kurz vor seinem Rücktritt die Anfrage zu stellen, ob er es wirtschaftlich für möglich hält, daß die Konsumvereine ein Steuerprivilegium besitzen und dadurch den österreichischen Handels- und Gewerbestand durch eine ganz unlautere Konkurrenz zugrunde richten können. Wir werden gerade bei der Behandlung des Budgets in der Spezialdebatte auch über diesen Punkt sehr eingehend sprechen. Sie sind ja angeblich auch bereit, den Gewerbestand zu schützen; ich habe zu meinem Erstaunen gelesen, daß der Herr Abg. Dr. Bauer vor einigen Tagen in einer Massenversammlung Wiener Gewerbetreibender gesprochen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Herr Dr. Bauer das Problem der Konsumvereine und die Steuerprivilegien derselben mit der Vertretung des Gewerbestandes durch die Sozial-

demokraten in Einklang bringen kann. (Freundlich: So wie das Zentrum in Deutschland!) Die Verhältnisse im Deutschen Reiche, verehrte Kollegin, passen leider Gottes nicht immer auf unsere Glendsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft. Wenn Sie heute darangehen, die Konsumvereine, die auch bei Ihnen notleidend sind — das ist ja ein öffentliches Geheimnis —, dadurch aufzupäppeln, daß Sie jetzt sogar einen Wirtschaftsausschuß der Betriebsräte konstituieren, der die Aufgabe hat, in den neuen Gemeindhäusern von Wohnung zu Wohnung Zutreiberdienste für die sozialdemokratischen Konsumvereine zu leisten, wenn Sie sogar so weit gehen wollen, was ich aus genauer Quelle weiß, daß Sie einen Kredit für die Bezieher von Konsumvereinswaren gegen Abzüge vom Lohn in den Fabriken durchführen wollen (Zwischenrufe) — wir wissen das sehr genau, dann müssen wir dafür sorgen, daß diese direkte und indirekte Subventionierung Ihrer Konsumvereine aufhören muß.

Der Herr Abg. Dr. Ellenbogen hat auch sehr interessante Worte über die Österreichischen Bundesbahnen gesprochen. Mir ist dabei eines aufgefallen: die besonders heiße Liebe, mit der er sich für die Führung der Österreichischen Bundesbahnen eingesetzt hat. (Zustimmung.) Wenn ein sozialdemokratischer Führer einen Staatsbetrieb so besonders liebt, so muß man immer vorsichtig sein. (Zustimmung.) Wir werden natürlich bei der Spezialdebatte Gelegenheit nehmen, nachzuprüfen, ob der Herr Dr. Ellenbogen mit seiner Behauptung recht hat. Wir werden uns sehr freuen, wenn die Behauptungen des Herrn Dr. Ellenbogen richtig sind, und wir werden den Führern der Österreichischen Bundesbahnen nur Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn das, was Herr Dr. Ellenbogen behauptet, richtig ist.

Es gehört vielleicht gar nicht her, aber um die kaufmännische Führung der Bundesbahnen, die Herr Dr. Ellenbogen so gelobt hat, nur mit einem einzigen kleinen Vorfall zu beleuchten, möchte ich Ihnen folgendes erzählen. Da ist eine ganz kleine Station einer Lokalbahn, die aber vom Staate verwaltet wird, die unlängst — wohlgerne — 1 Kilogramm Soda gebraucht hat. Der Kaufmann oder derjenige, der eine kaufmännische Betriebsführung hat, geht natürlich zum nächsten Greifzler und kauft dort das Kilogramm Soda um 30 oder 35 g, schreibt den Betrag in ein Buch ein und verrechnet ihn am Ende des Monates oder am Schluß des Jahres. Nein, der Stationsvorstand mußte deshalb an die Direktion schreiben, die Direktion hat wieder an die Generaldirektion geschrieben und endlich ist dem Stationsvorstand nach 14 Tagen oder 3 Wochen von Wien aus das Kilogramm Soda, das unterdessen statt 30 g natürlich 3 S gekostet hat, zugekommen. (Hört!) Man kann vielleicht darüber lachen, es ist nur 1 Kilogramm Soda, aber ich

fürchte sehr, daß die kaufmännische Betriebsführung auch bei wichtigeren und größeren Dingen so ähnlich funktioniert, und dann wird natürlich das Urteil des Herrn Dr. Ellenbogen doch etwas schärfer unter die Lupe genommen werden müssen.

In den nächsten Zeiten werden hoffentlich die politischen Fragen, und zwar die nächstliegenden, einer Vereinigung zugeführt sein. Ich hoffe, daß sie ebenso bereinigt werden, wie wir zum Beispiel in diesem Staate die Frage des Mieterschutzes bereinigt haben. So oft wir früher in sozialdemokratische Versammlungen kamen, sprach man über den Mieterschutz (Dr. Wagner: Kein Mensch redet jetzt mehr davon!), jetzt spricht man nicht mehr über den Mieterschutz, das ist eine ganz selbstverständliche Geschichte. Ich glaube, es wird bald die Zeit kommen, wo wir auch über die vorliegende Verfassung in Österreich nicht mehr reden müssen, weil sie einfach schon Gesetz sein wird. Wir hoffen, daß Sie uns Ihre tatkräftige Mithilfe bei der Verabschiedung dieses Werkes zuteil werden lassen — nicht weil wir hier die Sozialdemokratie, wie es immer gesagt wird, niederknäppeln wollen, das fällt uns gar nicht ein, sondern wir behaupten, daß diese Verfassungsreform neben den politischen Einschlag eine sehr grundlegende wirtschaftliche Bedeutung hat. Wenn Herr Dr. Ellenbogen gemeint hat, man muß die Wirtschaft schützen, muß der Wirtschaft Ruhe vor äußeren Einflüssen geben, so erkläre ich Ihnen, diese Verfassungsvorlage gibt uns die Mittel in die Hand, die Wirtschaft vor politischen Einflüssen zu sichern. Ja, schmeißen wir einmal die Parteipolitik aus der Verwaltung dieses Staates hinaus, sorgen wir dafür, daß die Staatsautorität gestärkt wird (lebhafter Beifall), sorgen wir vor allem dafür — und damit möchte ich ein sehr ernstes Wort gesagt haben —, daß wir diesen Mann, daß wir den Bundeskanzler Schober, der heute auf der Regierungsbank sitzt, nicht so rasch verlieren! Es liegt nicht allein im Interesse der Mehrheitsparteien dieses Staates, daß wir diesen starken Mann an der Spitze der Regierung behalten, sondern auch aus den Ausserungen der sozialdemokratischen Führer mußten wir erkennen, daß auch die Arbeiterschaft dieses Staates ein Interesse daran hat, den Bundeskanzler Schober möglichst lange mit der Führung der Geschäfte in der Regierung betraut zu wissen. (Sehr richtig!)

Wenn Sie vorhin von äußeren Einflüssen und von gewissen Minen, die da gelegt werden, gesprochen haben, so seien Sie sich doch die perfide Haltung — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür — eines Teiles der gestrigen Abendpresse an, die gegen besseres Wissen davon geschrieben hat, daß Bundeskanzler Schober seine Demission gegeben hat, daß zwischen dem Heimatschutz und Bundeskanzler Schober einerseits und dem Heimatschutz und

den politischen bürgerlichen Parteien anderseits tiefgehende Mißverständnisse herrschen, ja daß es erregte Szenen gegeben hat. Ich war auch bei diesen Sitzungen anwesend, ich habe aber davon nichts bemerkt, und kein Mensch in diesem Staate hat gestern gewußt, daß Bundeskanzler Schober auch nur die Idee einer Demission mit sich herumträgt. Das ist Brunnenvergiftung, das ist der politische Rufmord an Österreich, wie wir uns ihn ärger nicht denken können. (Zwischenrufe.)

Wenn Sie glauben, verehrte Frauen und Herren, in der Verfolgung der großen Dinge, die sicher in diesem Staate vor sich gehen, zwischen die mächtige Volksbewegung des Heimatschutzes, die Mehrheitsparteien und die Regierung einen Keil hineintreiben zu können, so täuschen Sie sich; denn die Idee des Heimatschutzes ist auch die Idee der bürgerlichen politischen Parteien, sie ist die Idee der Stärkung des Staates, die Idee der Stärkung unseres Volkes und des Aufbaues unserer österreichischen Wirtschaft. Wenn da manchmal Worte fallen, die der eine oder der andere nicht begreift, weil sie ihm zu scharf sind, dann sage ich Ihnen: Jede große Bewegung hat ihre radikalen und gemäßigten Vertreter. Denn neben dem Herrn Dr. Ellenbogen, den wir heute gehört haben und den wir ja als einen der gemäßigten Führer der Sozialdemokraten kennen, gibt es natürlich auch einen Dr. Bauer und andere Herren, die eben den Radikalismus in Ihrer Partei vertreten. Wundern Sie sich nicht, daß es solche Männer auch in der Heimatschutzbewegung gibt.

Und zum Schlusse folgendes: ich habe gesagt, Österreich wird sich dann, wenn die großen politischen Fragen vereinigt sein werden, auch mit der Frage des Aufbaues seiner Wirtschaft und mit der Be seitigung seiner beinahe ins Groteske gehenden Absatzkrise zu befassen haben. Ich möchte an die Herren der Bundesregierung die Bitte richten, daß sie insbesondere dem Werke der endlichen Verabschiedung des Handelsvertrages mit dem Deutschen Reich ihre ganz besondere Unterstützung zuteil werden lassen, und ich habe die ganz besondere Bitte, daß die Herren Minister die Verhandlungen nicht nur den gewiß sehr verantwortungsbewußtsten Beamten überlassen, sondern daß auch die politischen Minister selbst eingreifen, um so rasch als möglich den für uns so nötigen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich zum Abschluß zu bringen. Wir wissen, daß wir durch Mächte, die wir leider nicht besiegen können, an der Durchführung des An schlusses gehindert sind. Aber an einem kann man uns nicht hindern und das ist die Anbahnung eines Zollbündnisses zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. Wenn wir diese Handelspolitik mit dem Deutschen Reich verfolgen, dann wird es notwendig sein, vor aller Welt zu bekennen — und unsere Regierung wird da sicherlich Farbe bekennen —

daß wir gewillt sind, das Verhältnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reich — was uns der Staatsvertrag von Saint-Germain auch nicht verbietet — immer mehr zu vertiefen und so rasch als möglich zu einem Zollbündnis zu bringen. Ein solches Zollbündnis wird uns vielleicht nicht vollständig von unseren schweren wirtschaftlichen Katastrophalen befreien, aber doch zumindest unserer Wirtschaft eine weitgehende Besserung bringen. Haben wir einmal den ersten Schritt getan, dann wird natürlich der zweite und der dritte Schritt nicht fehlen, und es wird vielleicht einmal, wenn die Welt wieder erkennen wird, daß auch das deutsche Volk in Österreich sein Selbstbestimmungsrecht ebenso wie alle anderen Völker in Europa erhalten muß, auch der letzte Schritt getan werden können, der uns von der wirtschaftlichen Vereinigung zu einer dauernden politischen Vereinigung mit dem Deutschen Reich führen wird. (Beifall und Händeklatschen.)

**Tauschitz:** Hohes Haus! Auch ich habe mir gleich meinem verehrten Vortredner einige Sätze aus der Rede des Abg. Dr. Ellenbogen gemerkt. Der Herr Abg. Dr. Ellenbogen hat sich im besonderen an seine Bauernkollegen gewendet und ich glaube, ganz besonders an uns Landbündler, wir sollen den Kampf gegen die Arbeitslosenunterstützung und überhaupt gegen die soziale Gesetzgebung in diesem Hause aufgeben, wir sollen den Krieg gegen die Arbeitslosenunterstützung einschränken. So war sein Appell an die Bauernvertreter und insbesondere an die Landbündler in diesem Hause. Er hat zur Bekräftigung dieses seines Appells angeführt, daß ja auch die sozialdemokratische Partei für eine Höherdotierung des Kapitels „Landwirtschaft“ jederzeit zu haben ist, daß auch die sozialdemokratische Partei ein sieht, daß man die Landwirtschaft fördern müsse und daß sie daher gegen eine Erhöhung des Kapitels „Landwirtschaft“ von 42 auf etwa 47 Millionen Schilling nichts einzuwenden hat.

Nun möchte ich dazu bemerken, daß wir ja gegen die Arbeitslosenunterstützung in jenen Gemeinden, in jenen Industriebezirken, wo tatsächlich eine Arbeitslosigkeit besteht, wo der Mensch trotz Arbeitswillingkeit eine Arbeit nicht bekommen kann, nie etwas einzuwenden gehabt haben. (Sehr richtig!) Wir wenden uns immer und immer wieder gegen die Arbeitslosenunterstützung, wie sie heute in den Landgemeinden gehandhabt wird, die vielfach ohne Notwendigkeit zu Industriegemeinden erklärt worden sind. Ich habe gerade heute wieder einen Brief von einem Bauer aus dem Gailtal bekommen. Dieser Bauer teilt mir mit, daß er schwere Holzarbeit zu leisten hat im Walde und durch den Transport des geschlägerten Holzes in das Tal. Und wenn er abends abgerackert mit einer schweren Fuhr Holz herunterkommt, begegnen ihm auf der Landstraße die betrunkenen kräftigen Arbeitslosen, die von

Billach, von Arnoldstein nach Hause kommen und die Arbeitslosenunterstützung unterwegs in Altkohol umgesetzt haben. (Zwischenrufe. — Proft: Die alte Pauschalverdächtigung!) Ja, muß sich denn da nicht wirklich der Bauer empören, der draußen keine Arbeitskräfte bekommen, seine Ernte nicht einbringen kann, als 70jähriger Greis auf dem Felde schwer arbeiten muß und auf der anderen Seite sieht, daß jeder, der sich nur meldet, die Arbeitslosenunterstützung erhält. (Sticka: Jeder versaut sie?) Nicht jeder versaut sie, das habe ich nicht behauptet. Das ist ein Fall, ich habe nicht generalisiert, aber jeder bekommt die Arbeitslosenunterstützung, ganz gleichgültig, ob Arbeit in der betreffenden Gemeinde, in den betreffenden Orten ist oder nicht. (Sticka: Das ist auch nicht wahr!) Dagegen wenden wir uns, gegen die Arbeitslosenunterstützung als Faulenzerunterstützung, und nichts anderes ist in den meisten Fällen die Arbeitslosenunterstützung als eine Faulenzerunterstützung. (Amalie Seidel: Das ist doch unerhört! — Zwischenrufe.) Das ist so. Begeben Sie sich einmal auf das Land und dann werden Sie sehen, was für ein Schindluder mit dieser Arbeitslosenunterstützung getrieben wird. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir gegen die Arbeitslosenunterstützung in den Industriorten, wo tatsächlich Arbeit auch von Arbeitswilligen nicht zu finden ist, nichts haben, weil wir ganz gut wissen, daß in gewissen Zeiten von Industriekrisen die österreichische Industrie die Arbeiterschaft eben nicht voll beschäftigen kann.

Aber diese Art von Arbeitslosenunterstützung, wie sie heute in Österreich gehandhabt wird, fordert zu äußersten Gegenmaßnahmen auf. Der Bauer ist nicht mehr in der Lage, seine Produkte einzubringen, bekommt keine Arbeitskräfte, die Landflucht nimmt von Tag zu Tag zu. Ja, da können wir doch nicht ewig zuschauen, wie das flache Land von kräftigen Leuten entvölkert wird und wie in der Stadt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zunimmt. Das ist ja auch nicht im Interesse Ihrer Leute, der gewerblichen und der industriellen Arbeiterschaft, denn diese Leute, die vom Lande kommen, drücken ja die Löhne ihrer Arbeiterschaft. Es muß endlich einmal Ordnung gemacht werden und ich erkläre: es ist richtig, daß wir unseren Minister Schumy beauftragt haben, mit dieser Arbeitslosenunterstützung, mit dieser unglaublichen sozialen Belastung, wie wir sie heute in Österreich haben, aufzuräumen, ich komme übrigens darauf noch zurück.

Der Herr Abg. Ellenbogen hat auch von der Beunruhigung der Wirtschaft gesprochen und gemeint, daß diese verschiedenen Formationen, wie wir sie heute in Österreich haben, Heimwehrformationen usw., sehr viel dazu beigetragen haben, daß heute die Wirtschaft unter einer kolossalen Beunruhigung leidet, daß die vielen Abhebungen stattgefunden haben usw. Mein

Borredner, Dr. Hampel, hat bereits ausgeführt, wer eigentlich Schuld daran ist, daß wir heute die Heimwehrbewegung in Österreich haben, daß Sie, die Linke, vor allem daran schuld sind, wenn diese Heimatschutzbewegung in Österreich so stark geworden ist. Dr. Ellenbogen hat früher gemeint, die Regierung habe im Herbst dieses Jahres nichts Eisigeres zu tun gehabt, als dieses unnötige Verfassungswerk dem Hause vorzulegen. Nicht erst im Herbst dieses Jahres wurde die Verfassungsfrage aufgerollt, schon viel früher wurde von den verschiedenen bürgerlichen Parteien, insbesondere vom Landbund, immer wieder der Wunsch geäußert, die Regierung möge eine Verfassungsnovelle einbringen. Bundeskanzler Dr. Seipel hat nun im Herbst vorigen Jahres auf Grund unseres Antrages die Verfassungsfrage aufgerollt und in der Obmännerkonferenz — es war so etwa Mitte oder Ende November vorigen Jahres — die Frage gerichtet, wie sich die Sozialdemokraten gegenüber einer Verfassungsreform verhalten würden, die eine Änderung der Stellung des Bundespräsidenten beinhalten würde und nach welcher vor allem der Bundespräsident durch das Bundesvolk zu wählen gewesen wäre. Na, was hat damals der Sprecher der Sozialdemokratie geantwortet? Mit seinem bekannten Achselzucken hat Dr. Bauer erklärt: Wahl des Bundespräsidenten durch das Bundesvolk und Zustimmung größerer Rechte für den Präsidenten sind Mittel cäsaristischer Politik. Wir Sozialdemokraten können aus diesem Grunde nicht dafür sein, wir sind gegen eine solche Verfassungsänderung. Und mit diesem Achselzucken war die ganze Frage erledigt. Heute, nach einem Jahre, wird über die Verfassungsvorlage sehr ernstlich beraten, und es steht zu erwarten, daß diese Verfassungsvorlage auch die gewünschte Lösung finden wird. Ja, wer hat denn die Voraussetzung für diese Erledigung und Behandlung der Verfassungsvorlage geschaffen? Das sind die Heimwehren! Die Heimwehren haben diese Atmosphäre geschaffen, durch die endlich in diesem Hause die Obstruktion gebrochen wurde, so daß man heute über Fragen, die der Linken unangenehm sind, sprechen und verhandeln und sie auch einer Lösung zuführen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Das werden sie niemals ableiten können. Hätte sich die Linke nicht so verhalten, wie das in den letzten Jahren der Fall war, dann hätten wir heute keine so starke Heimwehrbewegung. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Wenn wir nun den Staatsvoranschlag, wie er uns heute vorliegt, nur in seinen großen Ziffern überblicken, so können wir feststellen, daß sich der Finanzminister Österreichs eigentlich in einer beneidenswerten Lage befindet. Die Bundesausgaben steigen zwar von Jahr zu Jahr, aber fast genau in denselben Maße wie die Ausgaben steigen auch die Bundeseinnahmen, so zwar, daß wir jetzt schon

mehrere Jahre hindurch den annähernd gleichen Überschuß von 35 Millionen Schilling feststellen können. Es ist somit eine gewisse Stetigkeit im österreichischen Bundeshaushalt feststellbar, die sehr erfreulich ist und einen guten Ausblick für die Zukunft gestattet. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist allerdings leider mit einem unerträglichen Steuendruck verbunden. Besonders auffallend ist es, daß die direkten Steuern, wie beispielsweise die Einkommensteuer, um 17,5 Millionen, die allgemeine Erwerbsteuer um 3 Millionen und die Körperschaftssteuer um 8 Millionen Schilling höher veranschlagt sind und daß der Ertrag für Stempel und Gebühren für das Jahr 1930 mit 4,8 Millionen höher angesetzt ist als im Vorjahr. Aus der Steigerung der Warenumsatzsteuer um 20 Millionen ist erfreulicherweise zu ersehen, daß der Warenumschlag und somit die gesamte Produktion sich voraussichtlich erhöhen werden. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß durch diese erhöhte Produktion sich auch ein derart erhöhtes Einkommen ergeben werde, daß die Steigerung der Einkommensteuer und der übrigen Steuern, die ich schon genannt habe, um 28,5 Millionen Schilling gerechtfertigt erscheint. Ich glaube vielmehr, daß die hohen Eingänge an Einkommensteuer — und auf diesen vorjährigen Eingängen ist ja die Präliminierung aufgebaut — auf Vorschreibungen seitens der Finanzbehörden zurückzuführen sind, die nicht mehr gerechtfertigt sind. Gegen solche Vorschreibungen werden wohl vielfach Rekurse erhoben, die jedoch nicht die nötige Beachtung finden und oft überhaupt unberücksichtigt bleiben. Ich möchte die Regierung bei dieser Gelegenheit bitten, mit diesen Steuerpressen, insbesondere bei der Einkommensteuer, endlich einmal aufzuhören. Ich komme übrigens auf diese direkten Steuern noch später zurück.

Die Bundeiseinnahmen werden im Jahre 1930 den enormen Betrag von fast 2 Milliarden Schilling erreichen. Damit hat das österreichische Budget eine Spannung erreicht, die außordentlich gefährlich werden kann. 147 Millionen Schilling werden wieder aus der Volkswirtschaft in die Staatskassen gepumpt und damit wird der Kapitalsbildung, die wir ja in Österreich so notwendig brauchen würden — wir Österreicher, die wir durch eine Inflation von 1:15.000 gegangen sind —, wieder entgegen gearbeitet. Alles das, weil man in Österreich so eine gewisse Großmannssucht hat, weil der Österreicher den kleinen Gernegroß nicht ganz verlängnen kann. Diese 147 Millionen Schilling werden zu zwei Dritteln allerdings zur Besteitung des Sachaufwandes verwendet, was sehr erfreulich ist, und ein Drittel, etwa 47 Millionen, wird für Personalauslagen verwendet, die im Jahre 1930 die respektable Summe von 770 Millionen Schilling erreichen werden. Ich möchte mit aller Klarheit

und Deutlichkeit namens meiner Partei ausgesprochen haben, daß wir mit diesem alljährlichen Anwachsen der Personalaufwendungen nicht einverstanden sein können. Ich habe schon einmal hier in diesem hohen Hause gesagt, daß wir jedem Beamten eine Besserstellung vom Herzen gönnen, aber eine Besserstellung der Beamtenschaft ist bei der derzeitigen Zahl der Köpfe von etwa 300.000 Parteien unmöglich. Ich meine, daß die derzeitige Personalaufnahmesperre allein auf die Dauer nicht genügen wird, sondern daß man wieder daran wird denken müssen, andere Sparmaßnahmen zu ergreifen, um auf dem Gebiete der Personalpolitik zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Solche Sparmaßnahmen wären auch wirksam. Denn wenn wir uns diesen enormen Betrag von 770 Millionen ansehen, so würde ja schon eine Ersparnis von 10 Prozent den namhaften Betrag von 77 Millionen ergeben.

Dagegen muß ich sagen, daß es geradezu lächerlich ist, Ersparnisse im Bundeshaushalt etwa durch Verringerung der Abgeordnetenmandate erzielen zu wollen. Schauen wir uns einmal den Gesamtaufwand des Nationalrates an! Im Jahre 1930 wird der Nationalrat 3.244.000 S kosten. Nehmen wir nun eine Verminderung der Abgeordnetenzahl von 165 auf 100, also um 65 Abgeordnete an — eine Zahl, an die ja eigentlich niemand wirklich denkt. Alles übrige, wie der Kanzleiapparat, die Gebäudeerhaltung, Beheizung und Beleuchtung, Reinigung, kurz und gut die sachlichen Ausgaben für das Haus würden ja bleiben, der Bund würde doch nur die Entschädigung für diese 65 Abgeordneten ersparen. Die Entschädigung für einen Abgeordneten beträgt jährlich nicht, wie die meisten Leute draußen meinen, 100.000 S, sondern nur 9000 S. Die Fahrkarte kostet 1000 S, so daß ein Abgeordneter dem Bund jährlich 10.000 S kostet. Wenn man 65 mit 10.000 multipliziert, kommt die lächerliche Zahl von 650.000 S heraus. Wenn man also die Abgeordnetenzahl von 165 auf 100 vermindert würde, würde sich der Staat jährlich 650.000 S ersparen. Was sind 650.000 S angehoben von Ausgaben in der Höhe von 1939,9 Millionen Schilling des gesamten Staatsbudgets? Weil eben die österreichische Volksvertretung so billig ist — sie ist nämlich die billigste von ganz Europa —, deshalb kann man durch den Abbau von Abgeordnetenmandaten nichts erreichen. Es ist gar nichts anderes als eine demagogische Phrase, wenn man draußen in den Versammlungen mit dem Abbau von Abgeordneten herumwirft. Wir scheuen uns gar nicht, offen zu erklären, daß wir gegen den Abbau von Abgeordneten aus verschiedenen Gründen sind, Gründen, wie Kollege Schönbauer sie unlängst in einem Artikel im „Neuen Wiener Tagblatt“ ausgeführt hat, und aus den Gründen, die ich jetzt hier angeführt habe. Wir sind gewiß für eine kleine Ver-

ringung zu haben, das heißt für eine Berringerung soweit, daß noch alle Volkschichten des Bundes entsprechend vertreten werden können.

Ich habe schon früher gesagt, daß das österreichische Budget bis zum Äußersten angespannt ist und daß deshalb die Kapitalbildung nur langsam vor sich geht und vielfach überhaupt zum Stillstande kommt. Wie weit diese Anspannung gediehen ist, geht am besten aus einem Vergleich unseres Budgets mit dem der Tschechoslowakei hervor. Die Tschechoslowakei ist ein Staat, der Bevölkerung nach doppelt so groß als wir, der aber viel ressourcenreicher ist, über eine blühende Landwirtschaft und über eine eben solche Industrie verfügt, viel Bodenschätze aufzuweisen hat usw. und der vor allem nicht den furchtbaren Zusammenbruch erlitten hat, durch den wir durch drei bis vier Jahre gehen mußten. Unsere Staatsausgaben betragen die Hälfte von denen der Tschechoslowakei. Unser Finanzminister nimmt aber gar keine Rücksicht auf unsere Armut, wir tun vielmehr so, als ob es unserem Volke wirtschaftlich genau so gut ginge, wie dem Volke in der Tschechoslowakei. Daß wir die Hälfte der Einwohner der Tschechoslowakei zählen, berechtigt uns noch nicht zur Hälfte der Ausgaben dieses Staates. Eine arme Familie mit fünf Köpfen darf nicht die Hälfte von dem ausgeben, was eine reiche Familie mit zehn Köpfen ausgeben kann.

Ich habe früher gesagt, daß die Steuerpresse insbesondere bei den direkten Steuern bei uns aufhören muß. Bedarf es eines besseren Beweises für das Errichten dieser Steuerpresse als den Hinweis darauf, daß die direkten Steuern in Österreich genau so hoch, ja sogar um einige Millionen Schilling höher sind als die direkten Steuern in der Tschechoslowakei, in einem Staat, der doppelt so groß und — wie ich schon früher ausgeführt habe — viel reicher ist als wir? Noch dazu hat die Tschechoslowakei keine allgemeine Warenumsatzsteuer so wie wir, sie hat außerdem ein sehr bedeutendes Heer zu erhalten, das etwa ein Fünftel der ganzen Staatsausgaben verschlingt. Wir sind dem Herrn Finanzminister Dr. Juch sehr dankbar dafür, daß er in seinem klaren Exposé, das er in der vorigen Sitzung gehalten hat, erklärte, daß der Abbau der öffentlichen Lasten unbedingt notwendig sei. Allerdings hat auch der frühere Finanzminister Dr. Kienböck wiederholt schon diese Erklärung abgegeben und immer wieder folgte ihr der unangenehme Zusatz, ja, wenn die Investitionsanleihe getätigkt werden kann. Ich bedaure, daß auch Finanzminister Dr. Juch gezwungen war, seiner Bereitwilligkeit, die Lasten abzubauen, die Erklärung hinzuzufügen, daß eine Steuerermäßigung dann eintreten werde, wenn die Investitionsanleihe kommen wird. Ich will also hoffen, daß diese Steuerermäßigungen

nicht eine ewige Promesse bleiben, sondern auch baldigst in die Tat umgesetzt werden.

Die Steuerlasten sind insbesondere vom Standpunkte der Landwirtschaft unerträgliche geworden. Ich will dankbar anerkennen, daß das Kapitel Landwirtschaft im Jahre 1930 etwa 5 Millionen Schilling mehr erhalten hat als im Jahre 1929. Mit budgetären Maßnahmen allerdings kann man die Landwirtschaft nicht retten. (Zustimmung.) Die Landwirtschaft kann in Österreich nur gerettet werden, wenn wir einerseits die Steuern und sozialen Lasten ermäßigen und anderseits durch gesetzliche Maßnahmen die Preis- und Absatzverhältnisse der heimischen Agrarprodukte grundlegend ändern und verbessern. (Zustimmung.) Um die Preisverhältnisse in der Landwirtschaft zu verbessern, wird die Schaffung und der weitere Ausbau von Absatzorganisationen und eine ausgiebige Zollerhöhung für wichtige Agrarprodukte notwendig sein. Die Sicherung des Kartoffelabsatzes ist für viele Gegenden von Steiermark, Kärnten, aber auch Osttirol bereits eine Lebensfrage geworden. Speziell im heurigen Jahr hat sich die Kartoffelabsatzkrise besonders infolge der italienischen Kartoffeleinfuhrsperrre für Untersteiermark und für Kärnten als katastrophal erwiesen. Während beispielsweise im vorigen Jahr Kärnten etwa 1000 Waggons Kartoffeln ausgeführt hat und die Kärntner Bauernschaft dafür etwa 1 Million Schilling einnehmen konnte, entfällt diese Einnahme heuer zur Gänze, weil Italien einfach die Kartoffeleinfuhr gesperrt hat. Wir müssen den Kartoffelabsatz sichern; ich kenne keine andere Verwertung als die industrielle, somit wird die Errichtung von landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien in Steiermark und Kärnten notwendig sein.

Ein besonderes Schmerzenskind für die Landwirtschaft ist die Kreditfrage. Wir müssen hier den Hypothekarkredit und den Personalcredit unterscheiden. Den Hypothekarkredit braucht meistens der Jungbauer, wenn er den Hof von seinem Vater übernimmt oder aber einen anderen Hof, dessen Besitzer gestorben oder zugrunde gegangen ist, kauft. Kein Bauernsohn ist in der Lage, diesen Besitz bar auszuzahlen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, daß man diesen Leuten die Möglichkeit gibt, mit Leihkapital zu etwa 4½ bis 5 Prozent sich seßhaft zu machen, so wie es eben in der Vorwiegungszeit möglich war. Ich glaube, zu diesem Zwecke die Errichtung einer Zentralhypothekenanstalt vorschlagen zu sollen. Wir haben Hypothekenanstalten in den verschiedenen Bundesländern. Die Pfandbriefe dieser Hypothekenanstalten kauft jedoch das Ausland nicht, weil diese Länderpfandbriefe zu wenig bekannt sind. Nun ist der Inlandsmarkt nicht genügend aufnahmefähig für Pfandbriefe; wir haben ja kein Kapital, daß wir irgendwie dauernd festlegen könnten. Nur eine österreichische Zentralhypothekenanstalt könnte tatsächlich Pfandbriefe

im Auslande, beispielsweise in dem sehr aufnahmefähigen Frankreich absezten. Durch staatliche Unterstützung wäre es dann möglich, wieder den Landwirten einen Hypothekarkredit zu etwa 4 $\frac{1}{2}$  bis 5 Prozent zu geben, und auf diese Weise sehe ich erst die Möglichkeit, daß bürgerlicher Besitz tatsächlich wieder in Bauernhänden bleibt, daß also bürgerlicher Besitz nicht gelegt wird oder daß wir nicht einfach schließlich und endlich in Österreich lauter Ausländer haben werden. Wir sehen ja in den Grenzgebieten, namentlich gegenüber der Tschechoslowakei, daß immer wieder tschechoslowakische Bürger hereinkommen und die zugrunde gegangenen Bauernbesitzungen kaufen. Wir sehen insbesondere auch in Kärnten, daß sich dort — allerdings muß man sagen: Gott sei Dank! — reichsdeutsche Siedler vielfach ansiedeln. Es könnten aber auch genau so leicht nationalfremde Elemente und Leute zu uns hereinkommen.

Um den Personalkredit besser befriedigen zu können, als dies hente der Fall ist, ist die Herabsetzung des Zinsfußes nötig. Heute muß der Landwirt für den Personalkredit etwa 9 Prozent zahlen, wenn er ihn überhaupt bekommt, und es ist einmal eine bekannte Tatsache, daß die Landwirtschaft nicht so rentabel ist, denn die beste Landwirtschaft wirkt höchstens 2 bis 2 $\frac{1}{2}$  Prozent Rente ab, also der bestgeführte Betrieb kann nicht einen Kredit mit 9 Prozent verzinsen. Nun auch dieser Zinsfuß müßte gesenkt werden. Allerdings kann diese Senkung vielleicht gelingen, wenn die Regierung es nur will. Wenn die Regierung, wie sie es bei den verschiedenen Banken und beim Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten macht, bei der Girozentrale etwa 10 Millionen Schilling elogiert, dann ist der gesamte Kreditbedarf für die österreichische Landwirtschaft, insbesondere für die österreichischen Genossenschaftsverbände, gedeckt und könnte der Zinsfuß bedeutend gesenkt werden. Ich möchte die Regierung bitten: es ist hoch an der Zeit, diesen meinen beiden Vorschlägen wegen Schaffung einer österreichischen Zentralhypothekenanstalt und Elogierung von Geldern bei der Girozentrale näherzutreten, damit diese leidliche Kreditfrage für die österreichische Landwirtschaft endlich einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt wird.

Ich habe vorhin die Lage der Landwirtschaft wahrheitsgetreu geschildert und mußte leider feststellen, daß die Lage der Landwirtschaft insbesondere im Jahre 1929 eine sehr traurige und besorgniserregende geworden ist. Eine Folge dieser traurigen Lage der Landwirtschaft ist die Landflucht, von der ich schon früher gesprochen habe und die von Jahr zu Jahr zunimmt und zu einer Katastrophe zu werden droht. Die Einführung der Sozialversicherung in der Landwirtschaft konnte dieser Landflucht keinen Miegel vorziehen. Wir müssen leider feststellen, daß

sich die Sozialversicherung für den Bauern nur schlecht auswirkt, weil viele Bauern unter dieser Last zugrunde gehen, daß aber der Landarbeiter von dieser Versicherung keine Wohlthaten spürt und daher auch nichts beitragen will. Der Bauer hat somit den ganzen Beitrag aus eigenem zu zahlen (Rufe: So ist es!) oder er muß den Lohn um so viel, als der Beitrag ausmacht, erhöhen. Tatsächlich kann man feststellen, daß in der Landwirtschaft der zahlungsunfähige Bauer die Sozialversicherung zur Gänze zu tragen hat (Zustimmung), und nur deshalb, weil der Bauer nicht zahlen kann, sind die Rückstände kolossal hoch. Was leisten sich da aber die Sozialversicherungsinstitute? Sie verlangen für die Rückstände, die seit zwei Monaten fällig sind, Verzugszinsen in der Höhe von 19 $\frac{1}{5}$  Prozent (Rufe: Hört! Hört!) — Eldersch: Die Zinsen schreibt nicht das Institut, sondern die Regierung vor! Ich muß den Herrn Minister für soziale Verwaltung dringend bitten . . . (Eldersch: Das ist das Gesetz!) Dann ist das Gesetz eben abzuändern. Ist denn alles, was in Österreich Gesetz ist, für ewige Zeiten gemacht? Darf das nicht abgeändert werden?

Darf das auch so wie die Verfassung nicht abgeändert werden? Ich stelle wirklich die berechtigte Frage, ob Sie, Herr Präsident Eldersch, ein Gesetz verteidigen wollen, das den Bauern 19 $\frac{1}{5}$  Prozent Verzugszinsen vorschreibt. Das ist ein Skandal sondergleichen, daß man überhaupt ein solches Gesetz beschließen könnte. (Zustimmung.) Ich möchte an den Herrn Minister für soziale Verwaltung appellieren und ihn bitten, daß ein solches Gesetz, das solche Zinsen vorsieht,hestens verschwinden. (Neuerliche Zustimmung.)

Ich habe in meinen Ausführungen über das Budget verschiedene Wünsche vorzubringen gehabt. Obwohl das Budget noch lange nicht unseren Wünschen entspricht, wollen wir selbstverständlich doch zeigen, daß wir eine staatserhaltende, eine staatsbejahende Partei sind. Wir werden selbstverständlich auch in Zukunft die Politik des Möglichen machen. Wir bekennen uns daher nach wie vor zu dem Kabinett Schober, hinter dem die ganze gutgesinnte Bevölkerung Österreichs ohne Unterschied der Partei und des Standes steht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die verschiedenen Gerüchte über innere Krisen sind vollkommen grundlos und haltlos und müssen von uns zurückgewiesen werden. Wir sind im Gegenteil überzeugt, daß es Bundeskanzler Schober bestanden sein wird, recht bald einen Erfolg seiner mühevollen Tätigkeit zu sehen. Allerdings müssen dazu alle gutgesinnten Faktoren des Staates das Ihrige beitragen. Es besteht nicht der geringste Grund zu einer Beunruhigung. Wer böswillig solche Beunruhigungen hervorruft oder sie in böswilliger Absicht vergrößert, begeht Vaterlandsverrat. (Neuerliche Zustimmung.)

Diejenigen jedoch, die es nicht böswillig machen, sollen sich vor Augen halten, daß jede unbefonnene Handlung, mit der eine eigene Beunruhigung hervorgerufen wird, zehnfach vergrößert auf andere weiterwirkt.

Es muß auch weiters gesagt werden, daß es nicht zur Beunruhigung beigetragen hat und beitragen kann, wenn marxistische Kreise im Wege internationaler Organisationen das Ausland um Hilfe angefleht haben. Wir führen hier einen verfassungsnützigen Kampf, der uns allein angeht. Es ist ein Zeichen von Schwäche, wenn eine Partei dieses Hauses ihren großen englischen Bruder um Hilfe anruft. (Pölzer: *Wo ist das gewesen?*) Lesen Sie die Blätter, dann werden Sie hören, daß die Sozialdemokratie das gemacht hat und wo das geschehen ist. Es wird neuerdings eine etwas nähere Hilfe angefleht. Zuerst ist man über den Armelkanal gegangen, dann hat man gefürchtet, daß dies etwas zu weit ist, hat die Hilfe näher gesucht und da ist man nun jetzt an der Moldau. Es wird zwar grundlos behauptet, daß auch faschistische Hilfeleistung angerufen wurde, Tatsache jedoch ist, daß niemand, auch die Heimwehrkreise nicht, es für nötig erachtet hat, im Ausland um Hilfe zu bitten.

Wir Landbündler werden eingedenk der Aufgabe einer Landvolkorganisation nach besten Kräften an

dem großen Verfassungswerk mitarbeiten, weil wir überzeugt davon sind, daß die Lösung dieser Verfassungsfrage die Voraussetzung für die Herbeiführung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse in Österreich ist und der beste Führer zur Lösung dieser großen Frage ist unser bewährter Bundeskanzler Schöber. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)

Damit ist die erste Lesung beendet. Die Regierungsvorlage B. 387 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

An Stelle Probst als Mitglied und Firicel, Dr. Danneberg, Pölzer, Schiegl und Falle als Ersatzmänner des Justizausschusses werden Domes, beziehungsweise Schlesinger, Seidel Richard, Pick, Janecek und Zwanzger gewählt.

Die Anträge Nr. 239 und 240 werden dem Ausschüsse für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 241 dem Justizausschuß zugewiesen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 30 Min. nachm.